

# Neue Zürcher Zeitung

## Basler beim Trinkwasser hinters Licht geführt? Informationspolitik der Industriellen Werke am Pranger

596 Wörter

20 Juni 2006

Neue Zürcher Zeitung

3

Deutsch

Besuchen Sie die Website der führenden Schweizer Internationalen Tageszeitung unter <http://www.nzz.ch>

Nach der Veröffentlichung des Greenpeace-Befunds zum Basler **Trinkwasser** sind die verantwortlichen Stellen in die Kritik geraten. Umweltschützer und linke Kreise fordern eine Totalsanierung der möglichen Verschmutzungsquelle, der Muttenzer Chemiedeponien.

ai. Basel, 19.Juni

Der in der vergangenen Woche von Greenpeace publizierte Bericht über Giftstoffe, die von den Chemiemülldeponien in Muttenz ins Basler **Trinkwasser** gelangt sein sollen, haben in der Region für Aufregung gesorgt. Im Zentrum des Interesses stand dabei weniger die Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung als vielmehr die Frage, ob die Öffentlichkeit von den zuständigen Stellen, allen voran der Hardwasser AG und den Industriellen Werken Basel (IWB), in die Irre geführt worden sei. Hatten die IWB bis anhin erklärt, die regelmässigen Untersuchungen im Grundwasser der Hard (wo das Basler **Trinkwasser** gewonnen wird) hätten «keinerlei Einflüsse der Deponien in Muttenz» gezeigt, sahen sie sich nach der Publikation des Greenpeace-Befunds zu einer «Präzisierung» veranlasst; die Erkenntnisse der Ökoaktivisten, so erklärten die Verantwortlichen, deckten sich mit den Resultaten der eigenen Analysen. Wie passt das eine zum andern?

In Frage gestellte Glaubwürdigkeit

Der Widerspruch zwischen den beiden Aussagen löst sich auf, wenn man berücksichtigt, dass sich die IWB bei der öffentlich kommunizierten Beurteilung der Wasserqualität an die Lebensmittelverordnung halten. Gemessen an diesen Standards konnte (und kann) das Wasser in der Tat als einwandfrei bezeichnet werden. Geht man indessen in den Spurenbereich, wo mit Hilfe modernster Analysemethoden Substanzen in Nano-Dimensionen gemessen werden können, lässt sich eine Verunreinigung nachweisen. Nach den Angaben von Richard Wülser, Leiter der Qualitätssicherung Wasser der IWB und verantwortlich für das entsprechende Labor, stellen die in Mikro-Mengen vorkommenden Stoffe jedoch keine Gefahr für Leib und Leben der Konsumenten dar.

Dass sich die **Trinkwasser**-Hersteller an die Lesart der Lebensmittelverordnung gehalten haben und darauf verzichteten, die Öffentlichkeit über die Spurenstoffe im Wasser zu informieren, mag nachvollziehbar sein; die Informationspolitik ist nun aber gleichwohl zu einem Politikum geworden. Der SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner, der in der Werkskommission der IWB Einsitz hat, bezichtigte in einem Interview mit der «Basler Zeitung» die **Trinkwasser**-Hersteller, Information bewusst zurückbehalten und das Publikum hinters Licht geführt zu haben. Rechsteiner stellt sich hinter Greenpeace und meint, deren Analyse habe gezeigt, dass giftige Abfälle aus den Deponien ins **Trinkwasser** gelangt seien. Die Müllhalden, so die daraus folgende Forderung, seien umgehend einer Totalsanierung zu unterziehen.

Voreilige Schlüsse

Um dem Vorwurf der Irreführung zu begegnen, werden die IWB in nächster Zukunft ihre eigenen Analysen publizieren und kommentieren. Dabei dürfte sich unter anderem zeigen, dass die von Greenpeace entdeckten Substanzen nicht ohne weiteres den Deponien zugeordnet werden können. Die meisten der Spurenstoffe, so erklärt Wülser, seien ubiquitär, fänden sich also nicht nur im Basler Grundwasser, sondern auch in jenem anderer grösserer Agglomerationen. Nebst den «allgegenwärtigen» Stoffen hat Greenpeace auch ortsspezifische Substanzen entdeckt, für die es allerdings ebenfalls eine Vielzahl möglicher Quellen gibt; nebst den Deponien kämen auch der Auhafen, der Rangierbahnhof oder das Industriegebiet von Schweizerhalle in Frage. Der von Greenpeace unterstellte Link zwischen den Müllhalden und dem **Trinkwasser** bleibt also vorerst eine Hypothese.

Bei der Untersuchung möglicher Deponien-Emissionen haben sich Behörden und Vertreter der Chemie bisher an das von der Altlastenverordnung vorgegebene Vorgehen gehalten. Die aufwendige Untersuchung soll 2007 abgeschlossen sein und Aufschluss darüber geben, ob die Deponien eine Gefahr für das **Trinkwasser** darstellen und saniert werden müssen. Die jetzigen Vorstösse aus ökologischen und linken Kreisen und die Infragestellung der Glaubwürdigkeit der IWB lassen indessen erkennen, dass es - ungeachtet aller sachlichen Abklärungen und Analysen - letztlich der politische Druck sein wird, der über Sanieren oder Nichtsanieren entscheidet.

Dokument NEUZZ00020060620e26k00036

## Neue Zürcher Zeitung

### Basler Trinkwasser durch Deponien belastet?

382 Wörter

16 Juni 2006

Neue Zürcher Zeitung

1

Deutsch

Besuchen Sie die Website der führenden Schweizer Internationalen Tageszeitung unter <http://www.nzz.ch>

ai. Basel, 15.Juni

Das Basler **Trinkwasser**, das aus dem Gebiet des Muttenzer Hardwalds stammt, ist nach Angaben von Greenpeace belastet. Die Umweltorganisation hat nach eigenen Angaben den Brunnen der Hardwasser AG, des Trinkwasserwerks der beiden Basel, Proben entnommen, diese durch das französische Labor Suez Environnement untersuchen lassen und dabei Beunruhigendes entdeckt; wie Greenpeace-Vertreter an einer Pressekonferenz erläuterten, wurden in den Proben «typische Deponie-Chemikalien» entdeckt, allerdings im Nanogramm-Bereich. Für die Umweltschützer steht fest, dass als Quelle dieser Kontaminierung nur die in der Muttenzer Nachbarschaft liegenden Chemiemülldeponien Feldrebengrube, Margelacker und Rothausstrasse in Frage kommen. Seit Jahren hatte die Organisation den Verdacht gehegt, diese Müllgruben stellten eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit dar. Jetzt glaubt sie, ihre Vermutungen durch handfeste Beweise untermauern zu können.

Ruf nach einer Totalsanierung

Vor der Presse betonten die Ökoaktivisten zwar, dass es sich bei den Ergebnissen um eine «Momentaufnahme» handle, das tatsächliche Ausmass der Verschmutzung durch die punktuellen Analysen also nicht abschliessend zu erfassen sei. Gleichzeitig äusserten sie aber die Vermutung, dass die gefundenen Chemikalien nur die «Spitze des Eisbergs»

darstellten. Die Organisation forderte deshalb, dass alle Trinkwasserbrunnen systematisch auf Deponie-Chemikalien geprüft werden und dass die Industrie und die Behörden alle bisher durchgeführten Wasseranalysen offenlegen sollten. Zudem verlangten sie (nicht zum ersten Mal), dass die Deponien einer Totalsanierung zu unterziehen seien.

Alles der Reihe nach

Für die Umweltbehörden besteht dagegen vorläufig kein Grund für übereiltes Handeln. In diesen Tagen hat der Bundesrat in einer Antwort auf eine Anfrage des Baselbieter Nationalrats Christian Miesch festgehalten, dass im Fall der Muttenzer Deponien ein Abweichen von dem in der Altlastenverordnung (AltIV) festgelegten Prozedere nicht angezeigt sei; die im Abstrom der Müllhalden festgestellten Belastungen des Grundwassers rechtfertigten keine Sofortmassnahmen, wie sie laut AltIV in dringlichen Fällen möglich wären. Zum Befund von Greenpeace meinte Christoph Wenger, Chef der Sektion Altlasten und Industrieabfälle im Bundesamt für Umwelt (Bafu), die Studie gebe keinen Aufschluss darüber, ob die gefundenen Chemikalien aus den Muttenzer Deponien stammten oder nicht. Die Verunreinigungen könnten auch andere Quellen haben, wird das fragliche Gebiet doch schon seit langer Zeit intensiv industriell genutzt. Erst wenn eine Zuordnung zweifelsfrei vorgenommen werden könne, sei eine Sanierung (im Bedarfsfall) sinnvoll. Die entsprechenden, im Rahmen der AltIV durchgeführten Untersuchungen werden im nächsten Jahr abgeschlossen sein.

Dokument NEUZZ00020060616e26g0002u

© 2006 Dow Jones Reuters Business Interactive LLC (Handel betreibend unter Bezeichnung Factiva). Alle Rechte vorbehalten.

---

Landrat des Kantons Basel-Landschaft  
Jürg Wiedemann, Grüne Fraktion

### **Dringende Interpellation**

#### **Chemikalien im Trinkwasser**

Am 15. Juni 2006 veröffentlichte Greenpeace an einer Pressekonferenz die Analysen des Pariser Speziallabors Suez Environnement von Trinkwasserproben aus der Hard. Die Ergebnisse waren schockierend: Das Trinkwasser aus der Hard, welches von über 100'000 Menschen in der Region Basel konsumiert wird, ist mit Spuren von krebserregenden Chemikalien kontaminiert. Im Trinkwasser gefunden wurden Hexachlorbutadien, Tetrachlorbutadien, Methansulfonanilid, Perchlorethen, Trichlorethen und Polychlorierte Biphenyl.

Auf Druck bestätigte noch am gleichen Tag die Hardwasser AG, bzw. die IWB an einer Podiumsveranstaltung in Muttenz, dass sie vom Vorhandensein von chemischen und krebserregenden Substanzen im Trinkwasser seit längerer Zeit Kenntnis haben und die Regierung auch umgehend informiert wurde.

Ich bitte den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Seit wann wissen das Kantonale Laboratorium, das AUE und die Regierung, dass im Trinkwasser aus der Hard Spuren von Chemikalien vorkommen?
2. Welche chemischen Stoffe wurden wann in welchen Mengen gefunden?

3. Welche Überlegungen haben die Regierung dazu geführt, Parlament und Öffentlichkeit nicht über das Vorhandensein von Chemikalien im Trinkwasser aus der Hard zu informieren?
4. Warum haben die Behörden trotz diesem Wissen das Trinkwasser aus der Hard nie systematisch nach den in den Deponien spezifischen Substanzen untersuchen lassen?
5. Wie erklärt sich die Regierung, dass das Zwischenprodukt Methansulfonanilid, dessen Vorhandensein von Greenpeace bewiesen wurde, ins Trinkwasser gelangen konnte?
6. Ist die Regierung ebenfalls der Ansicht, dass derartige Stoffe im Trinkwasser nichts zu suchen haben?
7. Jahrelang haben zahlreiche Experten vor einer allfälligen Trinkwasserverschmutzung durch die Muttenzer Chemiemülldeponien gewarnt. Trotzdem wurde das Trinkwasser nie systematisch auf die im Umfeld der Deponien im Grundwasser vorkommenden giftigen Chemikalien untersucht. Ist die Regierung bereit, ohne jegliche Verzögerung umfassende Untersuchungen mittels Sammelproben, Screenings und Einzelstoffanalysen anzuordnen, welche spezifisch auf die in den Muttenzer Chemiemülldeponien enthaltenen Schadstoffe ausgerichtet sind?
8. Ist die Regierung bereit, Sofortmassnahmen zum präventiven Schutz des Trinkwassers in die Wege zu leiten (zum Beispiel Vorbehandlung)?
9. In der Zwischenzeit fordern nicht nur Umweltverbände, sondern auch die Gemeinde Muttenz eine Sanierung der drei Muttenzer Chemiemülldeponien Margelacker, Feldreben und Rothausstrasse. Ist die Regierung bereit, dafür zu sorgen, dass die Deponien in Muttenz ohne jede Verzögerung und zu Lasten der Verursacher (Novartis, Clariant, Ciba, Syngenta usw.) saniert werden?

Jürg Wiedemann

Birsfelden, 22. Juni 2006

---

### **Antwort des Regierungsrates**

*1. Seit wann wissen das Kantonale Laboratorium, das AUE und die Regierung, dass im Trinkwasser aus der Hard Spuren von Chemikalien vorkommen?*

Eine geringe Belastung durch Chemikalien im Trinkwasser der Hard ist seit vielen Jahren bekannt. Diese Belastung lag immer deutlich unter den geltenden Grenzwerten für die Trinkwasserqualität. In der Historischen Untersuchung zu den Deponien Muttenz aus dem Jahr 2002 sind entsprechende Berichte, u.a. aus der Zeitperiode 1979 bis 1981, aufgelistet. Die Historische Untersuchung ist im Internet der Gemeinde Muttenz publiziert und für jedermann zugänglich. Aus den zahlreichen Berichten der Hardwasser AG bzw. IWB gab es bis heute keine neuen Erkenntnisse gegenüber den früheren Resultaten. Auch der letzte Bericht vom 27. Februar 2006 der Industriellen Werke Basel (IWB) über die Ergebnisse der Wasseruntersuchungen 2005 erklärt: "Eine Beeinflussung durch Schadstoffe aus den verschiedenen Deponiestandorten konnte anhand der erhobenen Daten nicht festgestellt werden."

Im Pflichtenheft für die 2. Etappe der Technischen Untersuchung der Deponien Muttenz vom 9.9.2005 wurde das erweiterte Untersuchungsprogramm inkl. chlorierte Lösungsmittel festgelegt. Es berücksichtigt die methodische und analytische Weiterentwicklung und ist als neuer Standard für Deponieuntersuchungen erklärt worden (Qualitätssicherungskonzept Prof. M. Oehme, Uni Basel). Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) hat am 7.10.2005 dieses Pflichtenheft für geeignet erklärt. Auch dieses Pflichtenheft ist im Internet für jedermann einsehbar.

Das Kantonale Labor (KL), das für das Trinkwasser zuständig ist, hat daraufhin die Hardwasser AG angehalten, ein Untersuchungsprogramm (Monitoring) für das Trinkwasser zu beginnen. Am 2.3.2006 wurde eine entsprechende Untersuchung zwischen dem Kantonalen Labor und der Hardwasser AG besprochen und eingeleitet. Das AUE wurde über die Vertretung in der Technischen Kommission der Hardwasser AG und über das KL am 27.4.2006 darüber informiert. Zudem liegt dem AUE seit dem 12.4.2006 die Kopie des letzten Berichtes der Hardwasser AG zu Händen der Werkkommission IWB vor betreffend Grundwasserverunreinigung in der Hard und Deponien in der Umgebung. Dieser Bericht ist vom 4.4.2006 datiert und enthält u.a. folgende Aussagen: "...Spezifische Untersuchungen des Trinkwassers in der Hard auf Leitsubstanzen aus der Deponieumgebung ergaben einzelne Hinweise. Dabei ist unklar, ob die Stoffe tatsächlich aus den Deponien kommen. Die Messwerte liegen weit unter den Toleranz- und Grenzwerten der Fremd- und Inhaltstoffverordnung (FIV)..."

## *2. Welche chemischen Stoffe wurden wann in welchen Mengen gefunden?*

Die Ergebnisse der Wasseruntersuchungen 2005 der IWB sind der Hardwasser AG am 27.2.2006 übermittelt worden. Diese Analysenergebnisse liegen auch dem Kantonalen Laboratorium, dem AUE und dem Gemeinderat in Muttenz vor.

Die Schlussfolgerungen in diesem Bericht lauten:

"Im Zusammenhang mit den Altlasten im weiteren Umfeld der Muttenzer Hard haben wir die vorhandenen Daten, insbesondere die Messergebnisse des Screenings auf mögliche Einflüsse überprüft. Ab Juni 2005 erfolgte eine Erweiterung des Untersuchungsprogramms, indem monatlich eine zusätzliche Grundwasserprobe ab Freilaufleitung (Mischgrundwasser Hard) mittels GC/MS-Screening analysiert und ausgewertet wurde. Dabei interessierten vor allem diejenigen organischen Inhaltsstoffe, die nur im Grundwasser und nicht im Rohwasser vorkommen. Einzelne Substanzen konnten wohl im Grundwasser nachgewiesen werden; es sind Substanzen, die aber in der Umwelt generell sehr verbreitet sind. Eine Beeinflussung durch Schadstoffe aus den verschiedenen Deponiestandorten konnte anhand der erhobenen Daten nicht festgestellt werden. Das Vorhandensein von leichtflüchtigen Chlorkohlenwasserstoffen im Mischgrundwasser wie auch im Grundwasserbrunnen der Hard in sehr tiefen Konzentrationen deutet eher auf andere "lokale" Altlasten hin. Die Untersuchungen im Bereich Grundwasserbrunnen sollen deshalb weitergeführt werden, um die Ursache für die lokal höheren Gehalte an Verunreinigungen und das Auftreten von Chlorbutadien (die auch im Umfeld der Deponien gemessen wurden) auffinden zu können. Zusätzlich zu diesen Analysen auf FHKW sollen auch in regelmässigen Abständen GC/MS-Screenings in den Grundwasserbrunnen durchgeführt werden.

Im Zuge der Untersuchungen der Altlastenstandorte in Muttenz werden die vorhandenen Ergebnisse mit den Analysenergebnissen des Labors RWB Porrentruy verglichen. Eine engere Zusammenarbeit auch auf analytischem Gebiet soll künftig angestrebt werden."

## *3. Welche Überlegungen haben die Regierung dazu geführt, Parlament und Öffentlichkeit nicht über das Vorhandensein von Chemikalien im Trinkwasser aus der Hard zu informieren?*

Die nachgewiesenen Mengen bewegen sich im Bereich Nanogramm pro Liter (das heisst 12 Stellen hinter dem Komma). In der heutigen industrialisierten Welt und erst recht in der kleinräumigen, dichtbesiedelten Schweiz sind so genannte Umweltkontaminantien in der Luft, im Boden, im Oberflächen- und Grundwasser und deshalb auch in tierischen und pflanzlichen Lebensmitteln vorhanden und mit den heutigen analytischen Mitteln meist auch nachzuweisen. Weil bei genügendem Aufwand fast überall Rückstände zu finden sind, definiert das Lebensmittelgesetz Höchstwerte. Diese sind nach toxikologischen Überlegungen festgesetzt, das heisst: mit einem Sicherheitsfaktor von in der Regel 100. Damit wird sicher gestellt, dass auch bei längerer Einnahme keine Gesundheitsgefährdung resultiert.

Die für das Trinkwasser verantwortliche Hardwasser AG ist nach Gesetz zur Selbstkontrolle verpflichtet. Sie muss ihr Produkt regelmässig entweder selbst oder durch externe Labors kontrollieren. Das Kantonale Labor hat die Oberaufsicht und vergewissert sich durch eigene Analysen oder durch Inspektionen, dass diese Verantwortung wahrgenommen wird. Die Hardwasser AG hat überdies die Pflicht, bei einer allfälligen Gesundheitsgefährdung das Kantonale Labor zu informieren, welches seinerseits für die Information der Bevölkerung zuständig ist. In der Vergangenheit ist dies noch nie passiert und es war gemäss den jetzt vorliegenden Daten auch nie nötig.

Es muss in diesem Zusammenhang erwähnt werden, dass das Kantonale Labor durch das Lebensmittelgesetz ans Amtsgeheimnis gebunden ist. Erst wenn eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung vorliegt, kann und muss informiert werden. In den Jahresberichten des Kantonalen Labors ist (anonymisiert) nachzulesen, dass beispielsweise 30% der untersuchten Erdnussbutter-Proben Spuren von krebserregenden Aflatoxinen enthielten, 60% der Salate Spuren von Pestiziden, 30% der Eier-Proben unerlaubte Tierarzneimittel, 95% der Fingermalfarben gar zu beanstanden waren etc.

Umgekehrt hat auch ein Lebensmittelhersteller gegenüber der Behörde keine Informationspflicht, ausser er hat gesundheitsgefährdende Lebensmittel in den Verkehr gebracht. Das Kantonale Labor hat aber jederzeit das Recht, sämtliche für die Lebensmittelsicherheit relevanten Daten einzusehen.

*4. Warum haben die Behörden trotz diesem Wissen das Trinkwasser aus der Hard nie systematisch nach den in den Deponien spezifischen Substanzen untersuchen lassen?*

Seit Inbetriebnahme der ersten Grundwasserbrunnen in der Hard im Jahr 1951 sind mehrere Analysenkampagnen durchgeführt worden. Diese umfassten auch potentielle Deponieinhaltsstoffe. Wie oben erwähnt sind die entsprechenden Berichte in der Historischen Untersuchung der Deponien Muttenz zitiert. Seit 1951 wurden generell die analytischen Methoden weiter entwickelt. Mit der 1999 begonnen systematischen Bearbeitung der ehemaligen Deponien in Muttenz nach der Altlasten-Verordnung (AltV) vom 26.8.1998 wurden zusätzliche und wertvolle Kenntnisse generiert. Mit dem Pflichtenheft zur 2. Etappe der Technischen Untersuchung am 9.9.2005 lag auch ein neu entwickeltes Untersuchungsprogramm vor, das den höchsten Qualitätsanforderungen entspricht. Die Bundesbehörde BAFU anerkennt diese aufwändige und sehr teure Analytik als Standard für analoge Deponieuntersuchungen in der Schweiz.

Gemäss den Risikoüberlegungen der Hardwasser AG wird davon ausgegangen, dass durch den

Grundwasserberg das Trinkwasser umfassend geschützt ist. In den fraglichen Deponien sind viele Substanzen bekannt; daneben gibt es sicher noch sehr viele unbekannte. Um einen allfälligen Einfluss auf das Trinkwasser zu finden und nachzuweisen, ist es sinnvoll, zuerst bei den Deponien zu messen, weil dort die Konzentrationen sehr viel höher sind. Auch ist es wichtig zu wissen, nach welchen Substanzen überhaupt gesucht werden muss, sonst sucht man die berühmte Stecknadel im Heuhaufen. Ein Monitoring konnte somit erst festgelegt werden nach Vorliegen der oben erwähnten Analysenmethode und der Deponieergebnisse. Am 2. März 2006 wurde der Auftrag zu diesem Monitoring erteilt d.h. lange bevor bekannt wurde, dass Greenpeace Spuren von Chemiesubstanzen gefunden hatte.

*5. Wie erklärt sich die Regierung, dass das Zwischenprodukt Methansulfonanilid, dessen Vorhandensein von Greenpeace bewiesen wurde, ins Trinkwasser gelangen konnte?*

Die ersten Grundwasserbrunnen in der Hard haben 1951 den Betrieb aufgenommen. Bis 1958 wurde noch ohne Infiltration von Rheinwasser, d.h. ohne Schutz des "Wasserberges", Trinkwasser gefördert. Während dieser Zeit war eine Verunreinigung des Untergrunds durch die damals sich noch im Betrieb befindenden Deponien denkbar. Die heute gefundenen Spuren im Nanogramm-Bereich könnten somit noch aus dieser Zeit stammen. Hierfür und für die Wirksamkeit des Wasserberges spricht auch die Tatsache, dass trotz Sandoz-Brand und weiteren Unfällen wie im Rangierbahnhof Muttenz das Trinkwasser nicht beeinflusst wurde. Jedoch sind bis heute die genauen hydrogeologischen Verhältnisse und damit auch allfällige Zusammenhänge zwischen den Deponien und dem Hardwasser nicht abschliessend bekannt. Deshalb ist dies Teil der derzeit noch laufenden Technischen Untersuchung (2. Teil). Das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) hat am 7.10.2005 das entsprechende Pflichtenheft für geeignet erklärt. Dieses Pflichtenheft ist im Internet für jedermann einsehbar.

*6. Ist die Regierung ebenfalls der Ansicht, dass derartige Stoffe im Trinkwasser nichts zu suchen haben?*

Generell haben wir heute mit den allgegenwärtigen Spuren der Industrialisierung zu kämpfen, und es ist bedauerlich, wenn solche Substanzen, wenn auch in niedrigsten Konzentrationen im Trinkwasser nachgewiesen werden. In der engräumigen Schweiz kommen eben durch die Industrialisierung, den Verkehr, die Kehrlichtverbrennung etc. solche und ähnliche Substanzen leider überall vor. Mit der heute zur Verfügung stehenden verfeinerten Analytik kann meist etwas gefunden werden. Es ist unvermeidbar, dass das Trinkwasser in industriell belasteten Gebieten mit Chemikalien im Spurenbereich belastet ist. Tatsache ist auch, dass im Kanton und auch gesamtschweizerisch in vielen Grundwässern Kohlenwasserstoffe und weitere Substanzen im Spurenbereich vorhanden sind. Es ist deshalb eines der grossen Ziele der Altlastenbearbeitung, in den kommenden Jahren diese Belastungen zu reduzieren. Das AUE hat das seit 1999 erkannt und darauf durch die Bildung und Verstärkung der Fachstelle Altlasten und der Fachstelle Grundwasserschutz reagiert. Im Leistungsauftrag des AUE sind diese Bereiche als Schwerpunkt definiert.

*7. Jahrelang haben zahlreiche Experten vor einer allfälligen Trinkwasserverschmutzung durch die Muttenzer Chemiemülldeponien gewarnt. Trotzdem wurde das Trinkwasser nie systema-*

*tisch auf die im Umfeld der Deponien im Grundwasser vorkommenden giftigen Chemikalien untersucht. Ist die Regierung bereit, ohne jegliche Verzögerung umfassende Untersuchungen mittels Sammelproben, Screenings und Einzelstoffanalysen anzuordnen, welche spezifisch auf die in den Muttenzer Chemiemülldeponien enthaltenen Schadstoffe ausgerichtet sind.*

Wie bereits oben erwähnt wurde das Wasser der Hardwasser AG schon seit vielen Jahren systematisch kontrolliert. Nach Einsicht des Pflichtenheftes zur 2. Etappe der Technischen Untersuchungen Deponien Muttenz vom 9.9.2005 hat das Kantonale Labor die darin beschriebenen umfassenden Untersuchungen nach neuem Standard veranlasst. Zur wissenschaftlichen Begleitung des Monitorings sowie für allfällige eigene Laboruntersuchungen ist eine personelle Verstärkung durch einen Chemiker für das Kantonale Laboratorium nötig.

*8. Ist die Regierung bereit, Sofortmassnahmen zum präventiven Schutz des Trinkwassers in die Wege zu leiten (zum Beispiel Vorbehandlung)?*

Die geringe Konzentration der gefundenen Substanzen sei an den durch Greenpeace veröffentlichten Befunden veranschaulicht:

Toleranzwert flüchtige Halogenkohlenwasserstoffe in Trinkwasser:
Hexa-, Tetrachlorbutadien, Tetrachlorethen, Trichlorethen:
(ca. Faktor 27x kleiner als Toleranzwert)
Bei einer Überschreitung eines Toleranzwertes gilt das Wasser noch als genusstauglich!
Grenzwert für Tetrachlorethen:
Höchste gefundene Konzentration:
(ca. Faktor 130x kleiner)
Grenzwert für Trichlorethen:
Höchste gefundene Konzentration:
(ca. Faktor 3600x kleiner)
Grenzwert Polychlorierte Biphenyle in zubereiteter Säuglingsnahrung:
(Für Trinkwasser existiert kein Grenzwert.)
Gefundene Konzentration:
(ca. Faktor 3300x kleiner als Grenzwert)

Bei einer Überschreitung eines Grenzwertes gilt ein Lebensmittel als nicht mehr genusstauglich und potenziell gesundheitsgefährdend. Diese Grenzwerte wurden in der Regel nach toxikologischen Risikoabschätzungen festgelegt und beinhalten ihrerseits meist einen zusätzlichen Schutzfaktor von 100x.

Aus diesen Gründen sind Sofortmassnahmen nicht angezeigt, und könnten gegenüber der Hardwasser AG gemäss Lebensmittelgesetz auch nicht durchgesetzt werden.

*9. In der Zwischenzeit fordern nicht nur Umweltverbände, sondern auch die Gemeinde Mut-*

*tenz eine Sanierung der drei Muttenzer Chemiemülldeponien Margelacker, Feldreben und Rothausstrasse. Ist die Regierung bereit, dafür zu sorgen, dass die Deponien in Muttenz ohne jede Verzögerung und zu Lasten der Verursacher (Novartis, Clariant, Ciba, Syngenta usw.) saniert werden?*

Das AUE ist für den Vollzug der Altlastenverordnung verantwortlich. Gemäss Wegleitung des Bundesamtes für Umwelt trifft man immer zuerst Abklärungen über die von einem Standort ausgehende Umweltgefährdung. Ausnahme sind z.B. Ölunfälle oder akute Trinkwassergefährdungen. Eine solche liegt nach Beurteilung des AUE und der Kantonslabors BL und BS bei der Hardwasser AG nicht vor. In der Regel erfolgt deshalb die Abklärung schrittweise, wobei nach jedem Schritt das weitere Vorgehen neu entschieden wird. Damit lässt sich effizient feststellen, ob der betroffene Standort belastet ist, überwacht oder gar saniert werden muss, oder ob sich im Gegenteil weitere Massnahmen erübrigen.

Grundsätzlich soll im Rahmen einer Altlastenbearbeitung folgendermassen vorgegangen werden:

1. Schritt: Abklärungen über die Belastung des Standortes und mögliche Beeinträchtigung von Schutzgütern (Wasser, Boden, Luft)
2. Schritt: Abklärungen der Überwachungs- und Sanierungsbedürftigkeit
3. Schritt: Festlegung der Ziele und Dringlichkeit einer Sanierung
4. Schritt: Projektierung und Durchführung der Sanierung, Überwachung und Erfolgskontrolle

Für die Deponien Muttenz werden im Frühjahr 2007 die Voruntersuchung sowie eine Gefährdungsabschätzung abgeschlossen sein und die Untersuchungsberichte dem AUE vorliegen. Nach Prüfung der Unterlagen wird dann das AUE zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) in Bern entscheiden, ob die Datengrundlage für eine definitive Beurteilung der Ziele und Dringlichkeit einer Sanierung ausreichend ist und mit der Ausarbeitung eines Sanierungsprojektes begonnen werden kann.

Der Stand im Projekt Deponien Muttenz ist heute bereits weiter als eine reine Voruntersuchung gemäss Altlasten-Verordnung. Bisher wurden rund 6 Mio. Franken für die Historische Untersuchung, Vor- und Detailuntersuchungen sowie die Gefährdungsabschätzung aufgewendet. Das AUE ist Aufsichtsbehörde im Projekt. Das Projekt selber ist gemäss BAFU vorbildlich organisiert. Information und Kommunikation sind sichergestellt. Schnittstellen und Verantwortungen sind klar geregelt. Die von Greenpeace am 16. Juni veröffentlichten Analysenwerte sind zusätzliche Werte. Sie ändern nach heutiger Beurteilung die bisherigen Erkenntnisse und vorgesehenen Abläufe im Projekt nicht. Die Sanierungsbedürftigkeit ist in der Altlasten-Verordnung in Art. 9 klar geregelt. Das AUE wird nach Vorliegen der umfassenden Daten und Kenntnisse über das Gesamtsystem der Deponien Muttenz entsprechend entscheiden. Zum heutigen Zeitpunkt ist das abschliessend noch nicht möglich.

Liestal, 27. Juni 2006

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES die Präsidentin: Schneider-Kenel der Land-

## Altlastenverordnung

### Art. 31 Schutzmassnahmen

1 Wer in den besonders gefährdeten Bereichen (Art. 29 Abs. 1) sowie in Grundwasserschutzzonen und -arealen Anlagen erstellt oder ändert oder wer dort andere Tätigkeiten, die eine Gefahr für die Gewässer darstellen, ausübt, muss die nach den Umständen gebotenen Massnahmen zum Schutz der Gewässer treffen; insbesondere muss er:

- a. die Massnahmen nach Anhang 4 Ziffer 2 treffen;\*
- b. die erforderlichen Überwachungs-, Alarm- und Bereitschaftsdispositive erstellen.

2 Die Behörde sorgt dafür, dass:

- a. bei bestehenden Anlagen in den Gebieten nach Absatz 1, bei denen die konkrete Gefahr einer Gewässerverunreinigung besteht, die nach den Umständen gebotenen Massnahmen zum Schutz der Gewässer, insbesondere diejenigen nach Anhang 4 Ziffer 2, getroffen werden;
- b. bestehende Anlagen in den Grundwasserschutzzonen S1 und S2, die eine Grundwasserfassung oder -anreicherungsanlage gefährden, innert angemessener Frist beseitigt werden und bis zur Beseitigung der Anlagen andere Massnahmen zum Schutz des Trinkwassers, insbesondere Entkeimung oder Filtration, getroffen werden.

---

### \* Art. 4 Regionale Entwässerungsplanung

1 Die Kantone sorgen für die Erstellung eines regionalen Entwässerungsplanes (REP), wenn zur Gewährleistung eines sachgemässen Gewässerschutzes in einem begrenzten, hydrologisch zusammenhängenden Gebiet die Gewässerschutzmassnahmen der Gemeinden aufeinander abgestimmt werden müssen.

2 Der REP legt insbesondere fest:

- a. die Standorte der zentralen Abwasserreinigungsanlagen und die Gebiete, die daran anzuschliessen sind;
- b. welche oberirdischen Gewässer in welchem Ausmass für die Einleitung von Abwasser, insbesondere bei Niederschlägen, geeignet sind;
- c. die zentralen Abwasserreinigungsanlagen, bei denen die Anforderungen an die Einleitung verschärft oder ergänzt werden müssen.

## Interpellation betr. Trinkwasserversorgung aus der Muttenzer Hard

Greenpeace-Analysen haben ergeben, dass im Trinkwasser aus der Muttenzer Hard Giftstoffe vorhanden sind, die auch im stark verschmutzten Grundwasser der Chemiemüll-Deponien Feldreben

und Rothaus in Muttenz vorkommen. Entgegen aller beschwichtigenden Stellungnahmen – auch in den Antworten auf meine zwei früheren Interpellationen zur Deponien-Problematik – liegt der Schluss nahe, dass die auslaufenden Chemiemüll-Deponien das Trinkwasser kontaminieren. Inzwischen wurde bekannt, dass die verantwortlichen Stellen Kenntnis von Verunreinigungen hatten, dies aber nie öffentlich kommuniziert haben.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Die Regierungen beider Basel sind im Verwaltungsrat der Hardwasser AG vertreten. Waren der Basler Regierung die Ergebnisse der Proben von Hardwasser AG und IWB, gemäss denen bereits seit sieben Jahren Verunreinigungen festgestellt wurden, bekannt? Wenn ja: Was wurde unternommen? Wenn nein: Warum wurde sie nicht informiert, und wie gedenkt die Regierung, solche Informations-„Filter“ in Zukunft zu verhindern?
2. Was hat die Regierung nach Bekanntwerden der Ergebnisse der Greenpeace-Studie unternommen, um a) das Recht der Bevölkerung auf sauberes Trinkwasser durchzusetzen und zu garantieren sowie b) die zuständigen Behörden und Gremien nachhaltig anzuspornen, sich ihrer Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung bewusst zu sein und ihnen uneingeschränkt nachzukommen?
3. Wann zuletzt war das Thema „Sanierung der Chemiemüll-Deponien“ bei den regelmässig stattfindenden Gesprächen zwischen Vertretern der Basler Pharma-Industrie und der BS-Regierung traktandiert, und wie war das Ergebnis?

Gisela Traub, SP

---

**Basler Zeitung; 19.06.2006; Seite 1**

**front**

**«Lügen» im Fall Hardwasser**

**Rudolf Rechsteiner verlangt eine unabhängige Untersuchung**

**Michael Heim**

**Der Vorwurf ist hart: Die Betreiberin der Wasseraufbereitung im Hardwald habe bewusst Informationen über Verschmutzungen verheimlicht, sagt SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner.**

Wer hat wann was gewusst? Einige wohl mehr, als sie sagten, findet Rudolf Rechsteiner, der für die SP in der Werkskommission der Industriellen Werke Basel (IWB) sitzt. Er und die Kommission seien bezüglich der Wasser-verschmutzungen im Hardwald angelogen worden, sagt er im Interview mit der baz und in einem Brief an die Medien.

Stein des Anstosses: Noch im April versicherte ihm die **Hardwasser AG**, die einen Teil des Basler Trinkwassers aufbereitet, dass kein Gift aus den Muttenzer Chemiemülldeponien ins Wasser gelangt sei. «Eigentliche Schadstoffe von den Deponiestandorten wurden im Trinkwasser nicht festgestellt», heisst es in dem Papier, das der baz vorliegt und das mit den Worten schliesst: «Nicht annehmbar ist, wenn mit ungenauer Darstellung der Verhältnisse (...) Ängste geschürt werden, um das Trinkwasser als Druckmittel für eine Deponiesanierung zu missbrauchen.»

Immer wieder Spuren. In der baz vom Samstag gibt **Hardwasser**-Geschäftsführer Wolfgang Märki aber zu, von Verunreinigungen gewusst zu haben. Aufgrund der geringen Menge sei es jedoch unnötig gewesen, die Bevölkerung zu informieren, sagt er. Auch die IWB bestätigen, seit 1999 immer wieder Spuren von Chemikalien gefunden zu haben. Für Rechsteiner ist klar: «Man hat uns angelogen.»

Er unterstellt, dass Daten bewusst zurückgehalten worden seien, um eine Sanierung der drei Deponien Feldreben, Margelacker und Rothaus zu verhindern. Diese wäre teuer für die verursachenden Chemiefirmen, denn die Deponien sind inzwischen überbaut.

Unklare Aufsicht. Rechsteiner klagt auch die Verwaltung an. «Ich frage mich, wer in den Umweltämtern von Baselland angesichts der aufgedeckten Fakten die Untersuchungen verschleppt und die Fehlaussagen der **Hardwasser AG** veranlasst hat», schreibt er in seinem Brief. Alberto Isenburg, Leiter des Amtes für Umwelt und Energie BL, stehe der Chemie nahe, warnt er. Es falle «jedem aufmerksamen Zeitungsleser auf», dass sein Amt stets beschwichtige. Isenburg dagegen betont, sein Amt sei für die Grundwasserproblematik gar nicht zuständig.

Eine Untersuchung durch ein unabhängiges Gremium solle nun aufzeigen, wer vorsätzlich Informationen zurückgehalten habe, fordert Rechsteiner. Zudem müsse das bisher nicht angezweifelte System des «Wasserbergs» hinterfragt werden. Es besagt, dass keine Schadstoffe in die Trinkwasserzone gelangen können, solange mehr Wasser in diese gepumpt als abgezogen werde. Hilfe bekommt Rechsteiner vom Grünen Landrat Jürg Wiedemann, der mittels einer Interpellation entsprechende Fragen an die Regierung in Liestal stellen wird. >Seite 9

---

## buspi

### «Man hat uns angelogen»

#### Basel. SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner kritisiert Hardwasser AG

*Deponiestoffe im Trinkwasser. Nationalrat Rudolf Rechsteiner will wissen, «wer uns immer wieder in die Irre geführt hat». Foto Roland Schmid*

#### Interview: Michael Heim

**Noch im April erhielt die IWB-Werkskommission auf Anfrage von Rudolf Rechsteiner (SP) den Bescheid, im Basler Trinkwasser befänden sich keine Giftstoffe. Rechsteiner hält dies für eine bewusste Lüge.**

baz: Herr Rechsteiner, Sie haben sich in einem Mail an die Medien gewandt. Worüber regen Sie sich auf? Die Mengen an Gift im Basler Trinkwasser sind ja gering.

Rudolf Rechsteiner: Es geht darum, dass wir nicht korrekt informiert wurden. Zu Deutsch: Man hat uns angelogen.

Sie beziehen sich auf einen Bericht, den Sie als Mitglied der IWB-Werkskommission im Februar verlangt haben.

Ja. Die Antwort erhielten wir im April. Darin hiess es, der «Wasserberg» wehre die Schadstoffe ab und es habe keine Deponieschadstoffe im Trinkwasser.

Heute wissen wir, dass das nicht stimmt.

Das ist richtig. Es stimmt nicht, weil ein Teil der Substanzen im Trinkwasser nachweislich nur aus den Deponien stammen kann - und das hat Folgen. Das Gesetz sieht für diesen Fall eine Sanierungspflicht vor. Faktisch wollte die **Hardwasser AG** mit den Falschaussagen dieser Sanierungspflicht aus dem Weg gehen.

Sie unterstellen, dass bewusst Dinge verheimlicht wurden?

Ja. Wir wurden falsch informiert. Und ich könnte mir vorstellen, dass auch bis in die Regierungen hinauf falsch informiert wurde. Die Trinkwasserkontrolle in Basel hat die Schadstoffe schon seit Länge-

rem registriert und gemeldet. Aus der **Hardwasser AG** kam gleichzeitig die Meldung: kein Grund zu Aktivitäten.

Weshalb?

Möglicherweise gibt es auch eine Kompetenz-Ungenauigkeit. Die **Hardwasser AG** ist ein gemischt-wirtschaftlicher Zweckverband mit Basler Beteiligung. Gleichzeitig liegt die Zone auf Baselbieter Grund. Eigentlich müsste die Aufsichtsbehörde im Baselbiet die Deponien kontrollieren.

Ihre Kritik zielt auf die Aufsichtsgremien?

Ja. Es ist zu früh für Schuldzuweisungen. Aber wir müssen genau rekonstruieren, wer uns eigentlich immer wieder in die Irre geführt hat. Die entscheidende Frage ist die Sanierung der Deponien. In dem Zusammenhang fällt mir die Haltung der Gemeinden unangenehm auf. Man wurde bisher immer als «Schoofseggel» hingestellt, wenn man die Theorie vom Wasserberg angezweifelt hat.

Sie besagt, dass es zu keiner Verunreinigung kommen kann, wenn man mehr Wasser in den Hardwald pumpt, als in Form von Trinkwasser entzogen wird. Zweifeln Sie an der Theorie?

Wir wissen jetzt ganz klar, dass gewisse Schadstoffe im Trinkwasser nur aus den Deponien stammen können, also stimmt die Theorie nicht. Jede Trinkwasseranreicherung, die durch Deponien belastet wird, muss gemäss Gesetz saniert werden.

Zurück zu den Falschaussagen. Sollten sie politische Folgen haben?

Ich verlange eine umfassende Untersuchung durch ein unabhängiges Gremium. Das können die Geschäftsprüfungskommissionen sein. Dass Köpfe rollen - darum geht es heute nicht. Es geht darum, dass die Falschaussagen aus Muttenz, Liestal und Basel aufhören.

Grundsätzlich sind Sie mit den IWB aber einig, dass das Wasser unproblematisch ist.

Das glaube ich schon. Die Verunreinigungen befinden sich zurzeit wohl unter den Grenzwerten. Der Punkt ist ein anderer: Es gibt Deponiesubstanzen, die ins Trinkwasser versickern. Ein solches Risiko lässt das Gesetz für Trinkwasseranreicherungszonen nicht zu. Die Sanierungspflicht scheint nun eben gegeben. Und eine Sanierung wollten gewisse Kreise um jeden Preis verhindern.

---

tageskommentar

## **Schönfärber entlarvt**

### **MICHAEL ROCKENBACH**

Sauberes Trinkwasser ist eine Selbstverständlichkeit in der Schweiz. Dachten die Konsumenten zumindest bis vor wenigen Tagen. Und in der Region bestärkten sie die Behörden und Produzenten in ihrem Glauben: Das Wasser ist einwandfrei, frei von Giften. Dann schlug Greenpeace Alarm: Im Wasser aus der Muttenzer Hard, das mehr als 100 000 Menschen in der Region Basel trinken, seien Deponie-Chemikalien. Ob und welche Auswirkungen sie auf die Gesundheit haben, ist unklar.

Das ist beunruhigend. Noch erschreckender aber ist das Verhalten der Behörden und Produzenten **Hardwasser AG** und IWB. Nach der Enthüllung von Greenpeace geben sie plötzlich zu, dass ihr Perilschein fürs Basler Wasser ein Schwindel ist. Seit sieben Jahren entdecken sie selbst regelmässig Spuren von Chemikalien im Wasser. Die Mengen seien aber so minim, dass absolut keine Gefahr be-

stehe, behaupten sie jetzt. All jene, die dieses Wasser Tag für Tag trinken, möchten das gerne glauben. Das fällt nun allerdings schwer, nachdem sich die Beschwichtiger als Schönfärber entlarvt haben.

Immerhin haben sie das Problem erkannt. Sie würden künftig offener informieren, die bisherigen Analysen publizieren und die Trinkwasserproduktion in der Muttenzer Hard genau kontrollieren. Dieses Versprechen müssen sie so schnell wie möglich einlösen, um das Vertrauen zurückzugewinnen. Und sollte sich die Verunreinigung wider Erwarten als gefährlich herausstellen, müssen sie sofort Massnahmen ergreifen und allenfalls für eine weitgehende Sanierung der Deponien sorgen. Denn sauberes Trinkwasser muss eine Selbstverständlichkeit sein. michael.rockenbach@baz.ch

>Seite 21

Trinkwasser muss jetzt so schnell wie möglich und genau wie möglich untersucht werden.

---

**front**

**Gift im Wasser verheimlicht**

**Behörden hatten Fremdstoffe im Hardwasser längst entdeckt**

**michael rockenbach**

**Seit Jahren wissen Behörden und Produzenten, dass das Trinkwasser in der Region Basel verunreinigt ist. Jetzt führen sie systematische Untersuchungen durch. Politikern und Experten geht das zu langsam.**

Die Greenpeace-Studie über Deponie-Chemikalien im Trinkwasser sorgt in der Region Basel für Aufregung. Der Grüne Landrat Jürg Wiedemann vom «Forum besorgter Trinkwasserkonsumenten» fordert, dass die Deponien in der Nähe der **Hardwasser AG** so schnell wie möglich saniert werden: «Das Gift darf von den Deponien keinesfalls ins Wasser kommen, das über 100 000 Menschen in Basel und Umgebung trinken.» Doch für die Behörden kommen Sofortmassnahmen nicht in Frage. Die Untersuchungen würden wie geplant weiterlaufen, sagt Alberto Isenburg, Leiter vom Baselbieter Amt für Umweltschutz und Energie: «Wir müssen die Gefahren genau einschätzen können, ehe wir entscheiden, ob die Deponien allenfalls überwacht oder saniert werden müssen.» Das sei erst 2007 der Fall.

Analyse im Juli. Zu wenig weit geht die Untersuchung dem Altlastenexperten Martin Forter: «Die Behörden hätten schon lange darauf drängen müssen, dass das Trinkwasser systematisch untersucht wird.» Doch jetzt handeln die Behörden und Wasserproduzenten. Im Juli untersuchen sie die Brunnen und die Wasserschutzzone genau. Werden dabei Deponiestoffe in gefährlichen Mengen entdeckt, müssten die Deponien saniert werden, sagt Isenburg: «Der Schutz des Trinkwassers hat oberste Priorität.» Dafür haben sich die Verantwortlichen aber überraschend lange Zeit gelassen. Wie Recherchen der baz ergeben haben, wissen sie und die Wasserlieferanten seit mindestens sieben Jahren, dass das Trinkwasser aus der Hard verunreinigt ist. In der Öffentlichkeit aber haben sie stets betont, toxische Substanzen seien im Wasser nie gefunden worden. «Diese Aussage war so nicht ganz richtig», räumt Richard Wülser, Leiter Qualitätssicherung Wasser bei den IWB, nun ein.

Künftig würden die IWB und die **Hardwasser AG** offener informieren: «Unsere Analysen werden in den nächsten Tagen publiziert.» Gleichzeitig verteidigt sich die **Hardwasser AG** gegen den Vorwurf, Gefahren verheimlicht zu haben: Die Stoffe seien nur in geringen und absolut ungefährlichen Mengen entdeckt worden. Öffentlich über die Chemikalien zu sprechen hätte die Bevölkerung nur unnötig verunsichert. >Seiten 2, 21

---

agglo

## Deponie-Stoffe auch im Trinkwasser

### MuttENZ/Basel. Greenpeace-Studie zeigt chemische Belastung des Hard-Trinkwassers

georg schmidt

**Die Deponien in MuttENZ laufen aus und belasten nicht nur das Grundwasser, sondern auch das Trinkwasser von 100 000 Menschen in der Region. Das besagt eine Greenpeace-Studie.**

«Unsere Untersuchungen haben den Verdacht erhärtet, dass das Trinkwasser der **Hardwasser AG** durch die Chemiedeponien in MuttENZ verunreinigt wird.» Das sagt Greenpeace-Mann Matthias Wüthrich zu einer Studie, welche die Umweltschutzorganisation in Auftrag gegeben hat. Die **Hardwasser AG** versorgt rund 100 000 Menschen in Basel sowie in Allschwil, Binningen und Birsfelden regelmässig mit Wasser; über ein Dutzend andere Gemeinden werden sporadisch beliefert.

Das Speziallabor Suez Environnement in Paris hat in Proben aus zwei Trinkwasserbrunnen sechs namentlich genannte Chemikalien nachgewiesen, welche sich auch im Grundwasser im Umfeld der Deponien Margelacker, Feldreben und Rothausstrasse finden. Diese enthalten Abfälle der Chemischen. Greenpeace zieht den Schluss: Die Deponien laufen aus und gefährden die Trinkwasserversorgung.

Unter den gefundenen Stoffen ist zum Beispiel Perchlorethen, das als Lösungs- und Reinigungsmittel eingesetzt wurde. Die Substanz erzeugt Krebs, kann die Leber und das Zentralnervensystem schädigen. Sie wurde gemäss Greenpeace häufig im Grundwasser der MuttENZer Deponien gefunden, gelangt in geringem Mass auch via Rheinwasser in die Hard, reichert sich dort an und wurde nun im Trinkwasser festgestellt.

Wüthrich sprach von einem «schockierenden Befund». Er beweise auch, dass die gängige These vom «Grundwasserberg» nicht haltbar sei. Sie besagt, dass das Wasser aus der Hard nach aussen drückt, weil zwecks Trinkwassergewinnung ständig Rheinwasser in das Gebiet gepumpt wird - und ein Einsickern von aussen somit physikalisch unmöglich sei.

«Untätig». Matthias Wüthrich kritisierte die lokalen Chemiefirmen und die Behörden der beiden Basel - namentlich die Baudirektorinnen Barbara Schneider und Elsbeth Schneider, welche auch als Präsidentin beziehungsweise als Vizepräsidentin im Verwaltungsrat der **Hardwasser AG** sitzen - für ihre Untätigkeit und ihre abwiegelnenden Worte, etwa im Rahmen der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen.

Wüthrich attestierte, dass viele der Stoffe toxikologisch nur ungenügend untersucht seien. «Man muss aber davon ausgehen, dass diese Stoffe im Trinkwasser ungesund sind.» Die Untersuchung sei nur eine «Momentaufnahme», welche möglicherweise nicht das ganze Ausmass der Verunreinigung aufzeige.

Mit Blick auf diese Ergebnisse forderte Kaspar Schuler, Geschäftsleiter von Greenpeace Schweiz, von den Behörden Massnahmen zum Schutz des Trinkwassers durch systematische Screenings. Auch verlangte er eine sofortige Offenlegung aller bisher erfolgten Trinkwasseranalysen - auch jene der Industrie. Und: «Von der chemischen Industrie verlangen wir auf deren eigene Kosten die Totalsanierung der Deponien.»

---

agglo

## Das Schweigen über das Gift im Wasser

Behörden und Produzenten wussten seit Jahren Bescheid über Spuren von Chemikalien im Hardwasser

Michael Rockenbach

Die Fremdstoffe seien nur in geringen, ungefährlichen Mengen entdeckt worden. Deshalb sei die Bevölkerung nicht informiert worden, verteidigt sich die Hardwasser AG.

In den drei Muttenzer Deponien liegen unzählige giftiger Stoffen. Wie viele davon ins Grundwasser versickert sind, weiss niemand genau, entdeckt wurden bisher zwischen 70 und 80. Einige hundert Meter davon entfernt bereitet die Hardwasser AG das Trinkwasser auf, das über 100 000 Menschen in der Region Basel trinken. Das macht der Umweltschutzorganisation Greenpeace schon seit Jahren Angst. Doch die Hardwasser AG, die Strom- und Wasserlieferantin IWB und die Behörden beschwichtigten. Das Wasser sei einwandfrei, liess sich Wolfgang Märki, Geschäftsführer der Hardwasser AG, noch am 31. März 2006 im «Baslerstab» zitieren. Bis jetzt seien im Trinkwasser der Hard keine toxischen Substanzen gefunden worden. Und auch Richard Wülser, Leiter Qualitätssicherung Wasser der IWB, verbreitete im Frühjahr 2006 die gleiche Behauptung: «Tatsache ist, dass das von der Hardwasser gelieferte Trinkwasser immer einwandfrei war, obwohl die Hard von kritischen Anlagen umgeben ist.» Was Elisabeth Schneider gerne glaubte, die im Verwaltungsrat der Hardwasser AG sitzt und als Bau- und Umweltschutzdirektorin gleichzeitig für die Aufsicht der Wasserproduktion verantwortlich ist. «Das Trinkwasser wird in regelmässigen Abständen untersucht, bisher konnten keine Verunreinigungen festgestellt werden», sagte sie im März 2002 im Landrat.

Am Mittwoch hat Greenpeace eine Studie veröffentlicht, die zeigt, dass das Trinkwasser aus Muttenz doch nicht ganz ungetrübt ist. Die Umweltorganisation hat im Wasser die Spuren von sechs Giftstoffen entdeckt, die ihrer Meinung nach aus den Deponien Feldreben und Rothaus stammen. Fast noch überraschender als die Enthüllung war die Reaktion der Wasserproduzenten. Solche Stoffe habe die Hardwasser AG auch selbst schon entdeckt, sagte Geschäftsleiter Wolfgang Märki plötzlich. Und auf Nachfrage der baz bestätigten die IWB, dass sie seit 1999 bei Routinekontrollen Spuren von Chemikalien gefunden hätten. Die kantonalen Behörden seien sofort darüber informiert worden.

«Nichts verheimlicht». Warum aber haben sie und die Wasserproduzenten in der Öffentlichkeit weiterhin behauptet, im Trinkwasser seien nie toxische Substanzen gefunden worden? «Diese Aussage ist nicht ganz richtig», räumt Richard Wülser von den IWB ein, «sie muss präzisiert werden.» Wolfgang Märki tut es: «Wir haben die Stoffe in so geringen Mengen entdeckt, dass sie für den Konsumenten absolut ungefährlich sind.» Deshalb sei es unnötig gewesen, die Bevölkerung über die Analysen zu informieren: «Einige hätten sich nur unnötig Sorgen gemacht.»

Diese Informationspolitik stösst auf scharfe Kritik. «Die Behörden geben immer nur das zu, was bewiesen ist», sagt Jürg Wiedemann vom Forum besorgter Trinkwasserkonsumentinnen und -konsumenten. Jetzt fragt er sich, was sie sonst noch alles verschweigen. «Nichts», sagt Wülser, dem schwant, dass die zurückhaltende Informationspolitik kontraproduktiv gewesen sein könnte. Deshalb haben die IWB und die Hardwasser AG gestern Morgen entschieden, künftig offener zu informieren: In den nächsten Tagen würden die Analysen samt Kommentaren veröffentlicht.

Genauere Untersuchung. Wie die Hardwasser AG versucht auch das Amt für Umwelt und Energie die Bevölkerung zu beruhigen. Im Trinkwasser seien die Stoffe nur im Nanogramm-bereich - das sind Milliardstel Gramm pro Liter - gefunden worden, sagt Amtsleiter Alberto Isenburg. «Das ist wie ein Würfelzucker im Zürichsee.» Trotzdem nähmen die Behörden die Resultate sehr ernst: «Der Schutz des Trinkwassers hat oberste Priorität.» Im Juli werden deshalb die Wasserschutzzone und die Brun-

nen der Hardwasser AG systematisch auf Spuren von Deponie-Chemikalien hin untersucht. Danach soll klar sein, wie stark belastet das Wasser tatsächlich ist. Isenburg: «Danach können wir über allfällige Massnahmen sprechen.»

Trügerische Idylle. Das Wasser in der Muttenser Hard muss genau untersucht werden, weil Chemikalien darin entdeckt worden sind. Foto Hannes-Dirk Flury

Der «Grundwasserberg» als Schutzwall

Druck nach aussen. Die Hardwasser AG leitet Rheinwasser in die Hard, wo es versickert und sich mit Grundwasser mischt - und später als Trinkwasser zu den Konsumentinnen und Konsumenten gelangt. Dank dem zugeführten Wasser ist die Wasserversorgung in der Region auch in trockenen Sommern kein Problem. Zugleich, so wurde immer betont, entsteht durch den künstlich herbeigeführten Wasserüberschuss der «Grundwasserberg». Das Wasser aus der Hard drücke nach aussen, was es verunmögliche, dass von aussen Stoffe einsickern. Greenpeace hat den Glauben an die These erschüttert, indem sie Deponiestoffe im Trinkwasser gefunden hat. gs

Basel ist Hauptabnehmer der Hardwasser AG

72 Prozent. Die Hardwasser AG hat ihren Sitz in Muttens, Aktionäre sind die beiden Basler Halbkantone, die Bürgergemeinde Basel sowie weitere Einwohnergemeinden. Verwaltungsratspräsidentin ist die Baselbieter Bau- und Umweltschutzdirektorin Elisabeth Schneider. Hauptabnehmer sind Basel-Stadt (72 Prozent gemäss Jahresbericht 2005), Allschwil (10,8 Prozent), Binningen (9,8 Prozent) und Birsfelden (6 Prozent). Hinzu kommt eine Reihe von Gemeinden, die nur sporadisch oder in Notfällen Wasser von der Hardwasser AG beziehen. Gemäss Greenpeace-Angaben sind es derzeit total 18 Gemeinden. gs

>[www.hardwasser.ch](http://www.hardwasser.ch)

Diese Stoffe sind gefunden worden

«Ungefährlich». Greenpeace hat sechs Chemikalien im Hardwasser gefunden, die auch in den Muttenser Deponien schlummern. Auf drei davon sind die Wasserproduzenten schon lange gestossen: Auf Hexachlorbutadien, auf Perchlorethen und Trichlorethen, die krebsauslösend sein können. Nach Angaben der Produzenten und Behörden seien die Mengen allerdings so gering, dass keine Gesundheitsgefährdung droht. Die Pharmaindustrie hat in einer ersten Stellungnahme zudem angezweifelt, dass die Stoffe aus den Muttenser Deponien stammen. Sie könnten auch von einem anderen belasteten Standort herrühren. rock

---

Tages-Anzeiger

Inland

## Verantwortliche wussten vom Gift im Trinkwasser

Basel. - In der Auseinandersetzung um die Sanierung von drei Muttenzer Chemiemülldeponien geraten jetzt die Basler Trinkwasserversorgungsfirma **Hardwasser** AG und das Baselbieter Amt für Umwelt und Energie unter Beschuss: Nach der Publikation von Analysedaten durch Greenpeace (TA vom Freitag) gaben beide Stellen zu, seit Jahren von Giftspuren im Trinkwasser gewusst zu haben. Um die Bevölkerung aber nicht unnötig zu beunruhigen und weil man die Belastung als nicht gesundheitsgefährdend einstuft, habe man darauf verzichtet, zu informieren. In ihrer Publikumszeitschrift dementierten die Industriellen Werke Basel (IWB) auch einen TA-Bericht von Ende 2005 zum Problem. Nachdem die «Basler Zeitung» in ihrer Samstagausgabe die selektive Information kritisiert hat, versprechen **Hardwasser** und IWB jetzt, ihre Kommunikationspolitik zu überdenken und die eigenen Analyseresultate künftig zu veröffentlichen.

**Hardwasser**-Geschäftsleiter Wolfgang Märki hatte allerdings nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die IWB-Werkkommission «gezielt irreführend» informiert, wie der Basler SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner dem TA sagt. Als Kommissionsmitglied hatte Rechsteiner Auskunft über mögliche Trinkwasserbelastungen durch die Deponien verlangt. In der schriftlichen Antwort der **Hardwasser** AG vom 4. April stand, dass «kein belastetes Wasser von ausserhalb in die Trinkwasserschutzzone dringen» könne und alle Messungen «einwandfreie Resultate» auch bei «so genannten Spurenstoffen» ergeben hätten. Greenpeace hat inzwischen Spuren mehrerer toxischer Stoffe nachgewiesen, wobei zumindest **Methansulfonanilid**, ein Zwischenprodukt der Fungizidproduktion von Geigy, eindeutig aus den alten Muttenzer Chemiegruben stammt. (mai)

Inland

## Chemikalien im Trinkwasser

Giftige Stoffe aus ehemaligen Chemiemülldeponien belasten das Basler Trinkwasser. Das zeigt eine Analyse eines Pariser Speziallabors.

Von Felix Maise, Basel

Das auf Wasseranalysen spezialisierte französische Labor Suez Environnement hat Trinkwasser der Basler Versorgungsfirma Hardwasser AG untersucht. Die Analysen bestätigten, was der TA Ende letzten Jahres meldete (28. Dezember 2005): Das in unmittelbarer Nachbarschaft zu den ehemaligen Muttenzer Chemiemülldeponien von Novartis, Roche, Ciba, Syngenta und Clariant gewonnene und von über 100 000 Menschen im Raum Basel konsumierte Trinkwasser ist mit Chemikalien aus den Deponien belastet. «Die Befunde sind Besorgnis erregend», meinte Kaspar Schuler, Geschäftsleiter von Greenpeace Schweiz, am Donnerstag bei der Präsentation der Ergebnisse.

Die Behörden und die für den vor 50 Jahren vergrabenen Chemiemüll verantwortliche Basler Chemie behaupteten bisher stets, der Abfall gefährde das Trinkwassergebiet nicht. Dass im Grundwasser um die alten Gruben giftige, zum Teil Krebs erregende Stoffe aus den Deponien zu finden sind, ist inzwischen unbestritten. Der Nachweis von typischen Deponiechemikalien im Trinkwasser aber öffnet ein neues Kapitel im Streit um die Sanierung der Grubenstandorte. «Die Altlastenverordnung des Bundes sagt klar, dass Sanierungsbedarf besteht, wenn Deponiestoffe ins Trinkwasser gelangen», erklärte Greenpeace-Mann Matthias Wüthrich.

In beiden Probeentnahmen wies das Pariser Labor Stoffe nach, die teilweise auf der bisher vertraulichen «Stoffliste Muttenzer Deponien» der Chemie stehen. Greenpeace hatte diese Liste im letzten Jahr öffentlich gemacht. Einer der gefundenen Stoffe ist Hexachlorbutadien, eine giftige, stark Wasser gefährdende, so genannte persistente und bioakkumulierende Chemikalie. Sie steht im Verdacht, Krebs und Missbildungen zu erzeugen. Hexachlorbutadien war unter anderem als Verunreinigung in chlorierten Lösungsmitteln enthalten, welche die chemische Industrie in ihrer Produktion einsetzte.

Nachgewiesen wurde auch Methansulfonanilid, ein Zwischenprodukt, das bei Geigy in der Produktion des Fungizids Norsulfan entstand. Auch dieser Stoff steht auf der vertraulichen Chemikalienliste und kann nur aus den Deponien ins Trinkwasser gelangt sein.

Gesundheitsgefährdung unklar

Die Wirkung der gefundenen Giftspuren auf die menschliche Gesundheit sei schwer abzuschätzen, meinte Wüthrich, zumal es für viele der Stoffe und Stoffgemische noch gar keine Toxizitätsdaten, geschweige denn gesetzliche Grenzwerte gebe. Klar sei aber, dass die Stoffe nichts im Trinkwasser zu suchen hätten.

Dieser Ansicht ist im Prinzip auch Richard Wülser vom Wasserlabor der Industriellen Werke Basel. Dieses überwacht regelmässig das Trinkwasser der Hardwasser AG. Viele der vom Pariser Labor gefundenen Stoffe kennt Wülser aus den eigenen Analysen, hält sie aber im nachgewiesenen Spurenbereich für kaum gesundheitsgefährdend und meint, dass viele nicht unbedingt aus den Deponien stammen müssten.

Auch Conrad Engler von der Interessengemeinschaft Deponiesicherheit Region Basel der Basler Chemie sagt, eine Zuordnung der gefundenen Spuren im Trinkwasser zu den Muttenzer Deponien sei zweifelhaft. Man werde das eigene Untersuchungsprogramm fortführen.

Für Greenpeace hingegen ist zumindest beim Stoff Methansulfonanilid völlig klar, dass dieser nur aus den alten Gruben kommen kann und die von Behörden und Chemie behauptete hydrologische Barriere zwischen Deponiestandorten und Grundwassergebiet nicht dicht ist. «Der Chemiemüll muss deshalb endlich weg», so Schuler. «Auch im "chemischen Fürstentum Basel haben die Menschen ein Recht auf sauberes Trinkwasser.»

---

**Tages-Anzeiger; 28.12.2005; Seite 2**

Inland

## **Basels Trinkwasser in Gefahr**

**Im Untergrund der Gemeinde Muttenz liegt Chemiemüll, der die Trinkwasserversorgung Basels gefährdet. Ein Bürger-forum verlangt jetzt eine nachhaltige Sanierung.**

### **Von Felix Maise**

Hexachlorethan, Nitrochloranilin, Dimethylaminophenazon, Isopropylbenzol, Crotamiton: Das sind nur einige der Substanzen, die in Grundwasserproben auf dem Areal der drei ehemaligen Chemiemüllgruben Margelacker, Feldreben und Rothausstrasse in Muttenz gefunden wurden. Rund 70 Chemikalien kamen im Grundwasser der Feldrebengrube zum Vorschein, etwa 15 im Margelacker und rund 80 am Standort Rothausstrasse. Viele davon sind nicht identifizierbar, für viele gibt es in der Altlastenverordnung des Bundes bis heute keine Grenzwerte. Sicher ist einzig: Sie gehören nicht in den Muttenzer Untergrund. Umso weniger, als in unmittelbarer Nachbarschaft eines der grössten Trinkwassergebiete der Region Basel liegt. Die **Hardwasser** AG gewinnt dort Trinkwasser, das rund 100 000 Menschen in der Stadt und der Region Basel beziehen.

## Alte Deponien laufen aus

Vor der Eröffnung der Deponie Bonfol lagerte die Basler Chemie in den 1940er- und 1950er-Jahren in den drei Muttenger Gruben mehr als 14 000 Tonnen Chemiemüll ab. Zum Vergleich: In Bonfol liegen rund 114 000 Tonnen. Die bisherigen Untersuchungen zeigen, dass die ehemaligen, seit langem zugeschütteten Gruben im Untergrund auslaufen. Unter Aufsicht des Kantonalen Amtes für Umweltschutz und Energie führt ein aus Gemeinde- und Chemievertretern zusammengesetztes Lenkungsgremium die Untersuchungen. Zwei Messkampagnen im Boden der ehemaligen Gruben wurden durchgeführt.

**Doch obwohl im analysierten Grundwasser an zwei der drei Standorte Konzentrationen einzelner Substanzen zum Teil auch über den Grenzwerten der Altlastenverordnung gemessen wurden, bestehe kein unmittelbarer Handlungs- und Sanierungsbedarf, beruhigten die offiziellen Stellen im vergangenen Februar.** Sie taten das allerdings, noch bevor drei unabhängige Experten ihr Gutachten eingereicht hatten.

Diese kamen zu einem weit weniger günstigen Schluss: **Vor allem sei das wesentliche Ziel, die Klärung des Abflusses des Grundwassers, an den drei Standorten nicht erreicht. Und «solange die Dynamik des Abstroms der Deponie Feldreben nicht bekannt ist, kann nicht mit hundertprozentiger Sicherheit eine Beeinflussung der **Hardwasser**-Versorgung ausgeschlossen werden», heisst es in ihrem Gutachten wörtlich.** Erst auf Verlangen der drei Experten und unter dem Druck der Öffentlichkeit wurden die Ergebnisse der ersten zwei Messkampagnen inzwischen genauer ausgewertet. Die Ergebnisse sind aber bis heute nicht veröffentlicht worden.

Aus den dem TA vorliegenden Ergebnislisten wird klar, dass die gesundheitsgefährdenden Verschmutzungen mit allergrösster Wahrscheinlichkeit von den Chemieabfällen herrühren. **Die an zwei Standorten gefundenen aromatischen Amine Dichloranilin und Trichloranilin zum Beispiel sind bekannte Leitsubstanzen der Chemieabfälle der Zeit und finden sich in vielen der ehemaligen Gruben, so auch in Bonfol. Besonders heikel ist unter anderem das Vorkommen der Blasenkrebs verursachenden Substanz Naphtylamin.** Im Grundwasser nachgewiesen wurden auch reihenweise Medikamentsubstanzen, so etwa vom ehemaligen Sandoz-Schmerzmittel Optalidon, vom Geigy-/Novartis-Krätzemittel Eurax oder vom ehemaligen Ciba-Geigy-Kreislaufstimulierungsmittel Micoren. «Für die meisten Stoffe existieren keine Grenzwerte und oft fehlen auch Toxizitätsdaten», sagt Altlastenexperte Martin Forter, der sich seit Jahren mit der Entsorgungspolitik der Basler Chemie beschäftigt und die dem TA zugespielten Analysedaten bewertet hat.

## Breiter Protest

Für den grünen Baselbieter Landrat Jürg Wiedemann, der diese Ergebnisse noch nicht kennt, ist klar, dass die Muttenger Chemiemüllgruben wie diejenigen in Bonfol und Kölliken ausgehoben werden müssen. Zusammen mit mehr als 50 vorwiegend links-grünen Persönlichkeiten aus beiden Basler Halbkantonen, darunter auch den Nationalrätinnen Maya Graf, Susanne Leutenegger Oberholzer, Silvia Schenker sowie Nationalrat Rudolf Rechsteiner fordert er eine Garantie dafür, «dass unser Trinkwasser auch in Zukunft sauber bleibt». Im Januar will sich ein neu gegründetes «Forum besorgter TrinkwasserkonsumentInnen» mit konkreten Forderungen an die Öffentlichkeit wenden.

Die Projektleitung meldete deshalb wohl nicht zufällig am letzten Freitag, die Parteien hätten sich auf die Finanzierung der zweiten Etappe der Untersuchungen geeinigt. Diese sollen jetzt «zügig» durchgeführt werden, «damit die Entscheidungsgrundlagen für das weitere Vorgehen so bald als möglich vorliegen». Andreas Helfenstein - ebenfalls Forumsmitglied und SP-Landrat aus MuttENZ - bleibt misstrauisch: «Die Projektleitung steht der chemischen Industrie viel zu nahe. Ohne öffentlichen Druck geht nichts.»

BILD HANNES-DIRK FLURY/BAZ

*Industriegeviert Feldreben mit Sportplatz, gebaut auf Chemiemüll.*

---

## Interpellation

## **Deponie-Chemikalien im Basler Trinkwasser**

Zwei neue Laboranalysen im Auftrag von Greenpeace weisen in der Trinkwasserversorgung der Basler Hard besorgniserregende Chemikalien (Hexachlorbutadien, deren Abbauprodukte Tetrachlorbutadien, Methansulfonanilid, Perchlorethen, Trichlorethen, Spuren von Polychlorierten Biphenylen) nach. Diese werden mit den wenige hundert Meter entfernten, lecken Chemiemülldeponien in Muttenz in Verbindung gebracht. Die meisten dieser Chemikalien sind Gesundheit gefährdend und stehen bspw. im Verdacht, Krebs und Missbildungen zu fördern. Die Stoffe wurden von den damaligen Basler Chemieunternehmen unter anderem als Lösungsmittel eingesetzt. Im Grundwasser rund um die Deponien Feldrebengrube, Margelacker und Rothaus sind diese Stoffe sowie die Lösungsmittel, die solche Stoffe als Verunreinigungen enthielten, z.T. bereits seit längerem nachgewiesen worden. Es war zudem bekannt, dass verschmutztes Grundwasser von der Deponie Feldreben Richtung Trinkwasserversorgung Hard fließen kann.

1. Wie beurteilt der Bundesrat die Risikosituation auf Grund der neuen Chemikalien-Funden im Basler Trinkwasser?
2. Wie schätzt der Bundesrat die gesundheitlichen Risiken für Konsumenten ein, die über lange Zeit Hardwasser getrunken haben, resp. auch weiterhin trinken?
3. Was ist die Basis für diese Einschätzung und wie geht der BR damit um, dass weitere Chemikalien vielleicht vorhanden, aber noch nicht entdeckt sind oder dass keine Grenzwerte oder verlässliche toxikologischen Studien zu den Einzelstoffen und zu den Stoffgemischen existieren?
4. Wie steht der Bundesrat zur Tatsache, dass die bekannten Risiken angesichts des enormen Schadenpotentials nicht früher systematisch untersucht und kommuniziert wurden?
5. Haben die kantonalen Behörden ihre Aufsichtspflicht angesichts des bekannten, grossen Risiko- und Schadenpotential genügend wahrgenommen?
6. Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die Trinkwassersicherheit ein höheres öffentliches Interesse darstellt, welches die Offenlegung der bisherigen Trinkwasseruntersuchungen rechtfertigt?
7. Welche Sofortmassnahmen sind nach Ansicht des Bundesrates nötig, um kurzfristig die Lieferung von belastetem Trinkwasser aus der Hard garantiert auszuschliessen?
8. Welche Massnahmen sind nötig, um mittel- und langfristig eine Gefährdung des Trinkwassers auszuschliessen?
9. Ist der Bundesrat bereit, den Vollzug der Altlastenverordnung, die keine Deponie-Chemikalien im Trinkwasser toleriert, zu beschleunigen und der Politik des BAFU (ehemals Buwal), wonach persistente Deponien zu beseitigen sind, durchzusetzen?

---

### **Anzug zur endgültigen Aufklärung über die Gefährdung des Trinkwassers durch die Chemiemülldeponien in Muttenz**

05.8201.01

Nach Abschluss der 1. Untersuchungsetappe in Muttenz kann immer noch nicht einwandfrei ausgeschlossen werden, dass hochgiftige Stoffe in unserem Trinkwasser auftauchen könnten. Die neuesten Untersuchungen der Chemiemülldeponien in Muttenz sind in keiner Weise beruhigend. Sie zeigen zwar eindeutig dass Giftstoffe aus der Feldrebengrube in das Grundwasser austreten und z.T. die Konzentrationswerte der Altlastenverordnung überschritten werden. Sie können aber nicht erklären, wohin das verschmutzte,, Grundwasser fliesst. Die bisherigen Untersuchungen reichen noch immer nicht aus, um eindeutig auszuschliessen, dass die Giftstoffe bei ausserordentlichen Ereignissen wie anhaltendem Hochwasser und gleichzeitigem, mehrtägigem Versickerungsstopp von Rheinwasser durch die Hardwasser AG in unserem Trinkwasser auftauchen. Dieser Zustand der Unklarheiten ist nicht tolerierbar und muss endlich behoben werden.

Die Feldrebengrube beherbergt mindestens 13'000 Tonnen giftigen Chemiemülls den die Vorgängerfirmen von Novartis, Ciba und Syngenta im Grundwassergebiet der Hard abgelagert haben. Rund 100'000 Menschen in der Region Basel beziehen ihr Trinkwasser aus der Hard. Allein Basel-Stadt bezieht nach dem neuen Hardwasser-vertrag jährlich rund 10 Mio.m<sup>3</sup> Wasser von der Hardwasser AG. Sollte diese Trinkwasserquelle wegen Verunreinigungen eines Tages geschlossen werden müssen, dann wäre die Trinkwasserversorgung der Region Basel ernsthaft gefährdet.

Die bereits vorhandenen Daten sind durch weitergehende Messungen zu ergänzen. Das Ziel der Untersuchung muss eine unzweifelhafte und schnelle Klärung der Grundwasserströme in Muttenz und der Risiken für die Trinkwasserversorgung Hard auch bei Ausnahmesituationen wie längerfristigem Versickerungsstopp von Rheinwasser durch die Hardwasser AG sein. Dieses Ziel soll möglichst glaubwürdig, effizient und kostengünstig mit einer schlanken Organisationsstruktur erreicht werden. Aus der technischen Anlage der zweiten in Muttenz geplanten Untersuchungsetappe ist ersichtlich, dass auch der nächste geplante Untersuchungsschritt nicht die notwendigen Erkenntnisse über die Gefährdung der Trinkwasserversorgung Hard bringen wird. Um ein hohes technisches Niveau und eine hohe Glaubwürdigkeit zu erreichen, müssen die zukünftigen Untersuchungen deshalb von einem Team von unabhängigen Experten mit Rang und Namen geleitet und durchgeführt werden. Die Projektorganisation müsste sich den Bedürfnissen dieser unabhängigen Experten richten. Ein entsprechender Vorstoss wurde am 24. Februar 2005 im Landrat des Kantons Basellandschaft eingereicht.

Die Regierung wird gebeten zu prüfen:

- 1) ob sie zusammen mit der Regierung des Kantons Basel-Landschaft ergänzende Untersuchungen bei einem unabhängigen Expertenteam Auftrag geben kann.
- 2) ob sie bereit ist, den besten dafür geeigneten Institutionen die Projektleitung, die Projektorganisation und die Durchführung der Untersuchungen in Muttenz zu übertragen und gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft zu finanzieren.

Beat Jans

© Basler Zeitung; 07.11.2002; Seite 33

## Baselland

### Chemiemüll: Neue Unsicherheit um Trinkwasser

**Die Hardwasser AG würde es kaum bemerken, wenn verschmutztes Grundwasser aus der Chemiemülldeponie Feldreben in Muttenz in ihre Trinkwasserbrunnen fliesst.**

**Dies zeigen BaZ-Recherchen. Betroffen ist das **Trinkwasser** von 100 000 Menschen in Stadt und Agglomeration.**

Muttenz. Die Diskussion um die Gefährdung des Basler Trinkwassers durch die 13 000 Tonnen Chemiemüll in der Muttenzer Feldrebengrube erhält neuen Zündstoff: Vor einem Jahr bestätigte das Amt für Umweltschutz des Kantons Basel-Landschaft, dass es einen Zufluss von chemisch belastetem Grundwasser in das Trinkwassergebiet Hard nicht ausschliessen kann (BaZ vom 17.12.01).

Jetzt machte ein Mitarbeiter der Basler chemischen Industrie die BaZ auf einen brisanten Punkt aufmerksam: «Fragen Sie mal die Hardwasser AG, ob sie es denn überhaupt merken würden, wenn verschmutztes Wasser aus dem Bereich Feldrebengrube in ihre Trinkwasserbrunnen fließen würde.»

BaZ-Recherchen zeigen nun: Die Hardwasser AG würde es kaum bemerken, wenn mit Chemikalien belastetes Grundwasser in ihre Brunnen fließen würde. Zwar rühmt sich das Wasserwerk in einer Pressemitteilung sie würde das Basler **Trinkwasser** jährlich 5000-mal untersuchen. Aber der Schein trügt: Weit über 99 Prozent dieser Analysen sind Routinetests. Sie sind zu wenig empfindlich, um eine allfällige Kontamination des Wassers durch den Chemiemüll in der Feldrebengrube zu erfassen, wie Adrian Auckenthaler, Leiter des Baselbieter Trinkwasserinspektorats, gegenüber der BaZ bestätigt.

### **Viel mehr Aufwand nötig**

Um die spezifische Verschmutzung einer Chemiemülldeponie nachzuweisen, wären aufwändigere Analysen notwendig. Solche werden zwar fünf bis sechs Mal jährlich durchgeführt. Aber: Weder die Wasserwerker noch die kantonale Behörde stimmen ihre Probenahme auf die Fliessrichtungen des Grundwassers ab. Somit ist die Wahrscheinlichkeit klein, dass mit diesen wenigen Wasserproben ein allfälliger Zufluss von verschmutztem Grundwasser in die Hard-Trinkwasserbrunnen erfasst wird.

Denn: Die Strömungswege des Grundwassers in der Hard sind kompliziert. In welche Richtung das Grundwasser fließt, hängt u. a. von der Menge Rheinwasser ab, das die Hardwasser AG im Boden versickern lässt und als **Trinkwasser** wieder heraufpumpt. Aber auch die Grundwasserpumpen der Florin AG am Rande der Feldrebengrube und die Brunnen der chemischen Industrie in Schweizerhalle sowie in Grenzach (D) verändern die Fliessrichtung des Grundwassers. Diese wird zudem vom Pegelstand des Rheins und vom natürlichen Grundwasser beeinflusst, das von Süden in die Hard eindringt. Deshalb ist ein Zufluss von verschmutztem Grundwasser aus dem Bereich der Chemiemülldeponie Feldreben in die Hard-Brunnen nur bei bestimmten Strömungsverhältnissen des Grundwassers möglich.

### **Geringe Wahrscheinlichkeit**

Genau dieser Zufluss von verschmutztem Grundwasser aber entginge der Hardwasser AG: «Wenn jährlich so wenig Proben genommen werden und sie zudem nicht auf die dynamischen Strömungsverhältnisse im Grundwasser ausgerichtet sind, so ist die Wahrscheinlichkeit klein, dass mit diesen Probenahmen ein Schadstoffpuls aus dem Gebiet der Feldrebengrube analytisch erfasst wird», sagt der Hydrogeologe Stefan Haderlein vom Institut für Geowissenschaften der Uni Tübingen zur BaZ. Ähnlich beurteilt Peter Wenk, stellvertretender Kantonschemiker des Kantons Basel-Landschaft, die Situation: «Analysen geben nur die letzten fünf Prozent für die Trinkwassersicherheit. Deshalb ist im Rahmen der Risikobewertung die regionale Grundwasserzirkulation zu berücksichtigen.»

Mit anderen Worten: Ohne Kenntnis der Fliessrichtung des Grundwassers, machen auch aufwändige Analysen wenig Sinn. Dieser Ansicht ist auch Walter Wildi, Professor für Geologie an der Uni Genf und Experte des Kantons Jura bei der Sanierung der Chemiemülldeponie in Bonfol (JU): «Prognosen über das dreidimensionale Strömungsbild im normalen Pumpbetrieb, vor allem aber bei Störungen (z. B. Pumpenausfall) sind zurzeit im Gebiet Hard/ Feldrebengrube schwierig und wenig verlässlich. Deshalb kann auch die Beeinträchtigung (Vulnerabilität) des wichtigen Trinkwasserwerks in der Hard nur

schwer eingeschätzt werden. Eine Grundwassermodellierung und deren Nachprüfung und Kalibrierung wäre im vorliegenden Falle wohl das geeignetste Instrument zur Abschätzung der Gefährdung.» Wildi betont, dass auch der untere der zwei Grundwasserträger dadurch tangiert sein könnte: Chemische Substanzen, die schwerer sind als Wasser, sinken ab und haben die Fähigkeit, Lehm- und andere geologische Schichten durch kleinste Ritzen zu durchdringen.

### «Wasser fließt bergab»

Die Hardwasser AG bestätigte gegenüber der BaZ zwar, dass die mit der Qualitätssicherung beauftragten Industriellen Werke Basel (IWB) ihre Spurenanalysen unabhängig von den Fließrichtungen des Grundwassers durchführt. Trotzdem meint Wolfgang Märki, Geschäftsleiter der Hardwasser AG: «Wir sehen aufgrund der in der Hard gemessenen Grundwasserspiegel nicht, wo das allfällig verschmutzte Wasser eindringen könnte. Wasser fließt bergab. Dadurch, dass wir mehr vorgereinigtes Rheinwasser versickern lassen, als wir später als **Trinkwasser** wieder heraufpumpen, haben wir immer ein Gefälle weg vom Grundwassergebiet.»

Richard Wülser, Leiter der Qualitätssicherung bei den IWB und im gleichen Bereich für die Hardwasser AG tätig, ergänzt: «Wir sind nicht glücklich über diese Deponie. Aber: Wir sind aufgrund der Datenlage sicher, dass das **Trinkwasser** nicht beeinflusst wird. Denn: Wäre das geförderte Grundwasser von der Deponie beeinflusst, so müssten wir dies mit unseren Messungen auch am Südrand der Hard feststellen. Die Untersuchungsergebnisse zeigen aber auch in unmittelbarer Nähe der Feldrebengrube keinen Hinweis auf eine Grundwasser-Verschmutzung.»

Festzuhalten bleibt: Es ist höchste Zeit, die Grundwasserfließrichtungen zwischen Feldrebengrube und Trinkwassergebiet Hard bei verschiedenen Grundwassersituationen zu klären. Erst dann ist die Sicherheit des Basler Trinkwassers nicht nur eine behauptete, sondern eine garantierte. Martin Forter

*Neuer Zündstoff um die Chemiemüll-Deponie. Selbst falls etwas aus der alten Muttenser Feldrebengrube ins Grundwasser des Hardwassergebietes fließt, wäre dies kaum feststellbar. Bild: Bushaltestelle bei der Hardwasser AG. Foto Flury*

### **Pflichtenheft: Keine Auskunft**

MFo. Heute soll in Muttens der «Begleit- und Informationsgruppe Untersuchung Deponien Muttens» das Pflichtenheft zur Erkundung der drei Chemiemülldeponien vorgestellt werden. Die BaZ hätte gerne gewusst, ob in diesem Pflichtenheft eine aufwändige Modellierung der Grundwasserfließrichtungen im Gebiet Feldrebengrube/ Hard vorgesehen ist. Der Grund: Der Basler Kantonsgeologe Peter Huggenberger ist hydrogeologischer Experte für die Untersuchung der Chemiemülldeponien in Muttens. Im Umfeld der Muttenser Gremien zur Untersuchung der Chemiemülldeponien ist zu hören, dass der ausgewiesene Fachmann in seiner gutachterlichen Stellungnahme zu viel fordern würde. Doch die BaZ erhielt keine Auskunft, wie weit Huggenbergers Ideen ins Pflichtenheft eingeflossen sind. Weder

Andreas Meyer, Gemeinderat von Muttens und Präsident des Lenkungsremiums, noch Projektleiter  
C:\Documents and Settings\Rudolf Rechsteiner\My Documents\dossier trinkwasser.0606 - sammlung materialien.doc, 29.06.06, 17:46  
25/45

Andres Klein wollten sich vor der Abgabe des Pflichtenhefts äussern.

---

© ProLitteris / Forter Martin / Basler Zeitung; 14.03.2002; Nummer 62; Seite 35

Baselland

### Weiterhin Widersprüche und offene Fragen

«Ich will die Chemikalien kennen, die in der Grube liegen. Denn: Haben die Chemikalien bisher kein Wasser verschmutzt, so werden sie es mit grosser Wahrscheinlichkeit in Zukunft tun.» Das sagte Philippe Roch, Direktor des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal) in einem BaZ-Interview. Deshalb könne das Risikopotenzial der mindestens 13 000 Tonnen Chemiemüll in der Feldrebengrube ausreichen, um eine Totalsanierung einleiten zu müssen (vgl. BaZ vom 4. 10. 01).

Anders als sein Chef sieht dies Buwal-Mitarbeiter Christoph Wenger, wie er gestern ausführte: Der Bericht des privaten Geotechnischen Instituts sei bei der Überarbeitung durch Mitarbeiter der chemischen Industrie, des Kantons und der Gemeinde nicht verwässert worden, obwohl man darin den Begriff Risikopotenzial im Gegensatz zur Originalversion vergeblich sucht. Als Beweis dafür zitiert er einen Satz aus dem überarbeiteten Bericht, der aber ausschliesslich vom Emissionsverhalten, also vom jetzigen Austritt von Chemikalien ins Grundwasser spricht. Was der heutige Schadstoffaustritt mit dem Risikopotenzial zu tun hat, erläuterte Wenger auch auf eine entsprechende Nachfrage der BaZ nicht.

Es sei nicht Aufgabe der ersten Phase der Altlastenuntersuchung, eine Risikoabschätzung vorzunehmen, betonten Kanton und chemische Industrie gestern immer wieder. Indem im überarbeiteten Bericht Analyseergebnisse von Proben aus fragwürdig gelegenen Grundwasserrohren eingearbeitet wurden, wird aber sehr wohl eine Risikoabschätzung vorgenommen. Denn der überarbeitete Bericht folgt aus diesen zweifelhaften Ergebnissen, dass die Deponien am Rande der Trinkwasserversorgung Hard das Grundwasser nur unbedeutend belasten. Schon 1960 hatte der Geologe Hansjörg Schmassmann in einem Schreiben an das Wasserwirtschaftsamt «in der mutmasslichen Abflussrichtung» nordwestlich der Feldrebengrube Bohrungen gefordert. Er wollte die Belastung des Grundwassers und die Risiken für die Trinkwasserversorgung Hard klären. Schmassmann war sich nämlich nicht sicher, ob das in der Hard versickernde Rheinwasser tatsächlich alles verschmutzte Grundwasser von den Trinkwasserbrunnen fernhält, wie es auch gestern behauptet wurde. Doch der Kanton lehnte ab. Entsprechende Bohrungen fehlen bis heute.

Im Brunnen der Florin AG fanden die Analytiker Schadstoffe. Ein Wert liegt deutlich über den Grenzwerten der Altlastenverordnung. Nur: Das Wasser im Florin-Brunnen besteht zu 80 Prozent aus Rheinwasser, das die Hardwasser AG nebenan versickern lässt. Ohne diese Verdünnung wäre die Schadstoffbelastung des natürlichen Grundwassers wohl erheblich höher. Ein Hinweis darauf sucht

man im überarbeiteten Bericht vergeblich.

Schon 1957 hatten Finanzdirektion und Hardwasser AG aus Sorge um das Trinkwasser eine Beseitigung des Chemiemülls gefordert. Entsprechendes wurde im Wasserwirtschaftsamt 1979 erneut diskutiert, wie aus einem Papier hervorgeht, dass der BaZ vorliegt. Aus Kostengründen wurde aber darauf verzichtet. Heute dagegen betonen Kanton und Chemie, es habe in der Feldrebengrube nur 1 bis 2 Prozent Chemiemüll. Das klingt harmlos - und unterschlägt, dass Chemiemüll meist gleich wirkt wie Öl: Ein Tropfen macht Hunderte von Litern ungeniessbar.

An der gestrigen Medienkonferenz versprachen Kanton und Chemie einmal mehr, alle Zweifel und Fragezeichen beseitigen zu wollen. Es bleibt zu hoffen, dass dies nach 45 Jahren nun endlich geschieht. Martin Forter

---

**ProLitteris / Forter Martin** / Basler Zeitung; **23.04.2005**; Seite 17

**region**

**Experten ziehen brisante Schlüsse**

**Chemiemüll: Eine Gefahr für das Trinkwasser der Agglomeration Basel ist nicht auszuschliessen**

**Martin Forter\***

**Es ist nicht ausgeschlossen, dass von der Chemiemülldeponie Feldreben verschmutztes Grundwasser in die Trinkwasserversorgung der Agglomeration Basel gelangt. Dieses Fazit ziehen die unabhängigen Experten des «Lenkungsgremiums Untersuchung Deponien Muttentz». Erstaunlich nur: Ohne die eigenen Experten befragt zu haben, hatte dieses Gremium schon im Februar Entwarnung für die Trinkwasserbrunnen gegeben. Voreilig, wie sich jetzt zeigt.**

Es könne «nicht mit hundertprozentiger Sicherheit (...) ausgeschlossen werden», dass verschmutztes Grundwasser aus dem Umfeld der Chemiemülldeponie Feldreben in Muttentz in die benachbarte Trinkwasserversorgung Hard gelangt. Dieses Risiko bestehe so lange, bis geklärt sei, wohin das mit Chemikalien belastete Grundwasser bei der Feldrebengrube fliesst. Dies sei aber bis heute «nicht bekannt», weil das Ziel der 1. Etappe der Untersuchung der Chemiemülldeponien in Muttentz, den Abfluss des verschmutzten Grundwassers zu klären, «nicht erreicht» worden sei. Deshalb ist die Frage, ob zeitweise verschmutztes Grundwasser in das Trinkwasser von 100 000 Menschen in Stadt und Agglomeration Basel gelangen kann, nicht beantwortet worden. Solch **brisante** Schlussfolgerungen ziehen die drei Professoren Peter Huggenberger, Michael Oehme (beide Uni Basel) und Walter Giger (Eawag) in ihrem 12-seitigen Gutachten (vom 14. März 2005, das der baz zugespielt worden ist).

In offizieller Mission. Sie beurteilen darin die Resultate der 1. Etappe der Untersuchung der Chemiemülldeponien Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse in Muttentz, die im Auftrag der Gemeinde

sowie von Novartis, Syngenta und Ciba SC von Sieber Cassina und Partner ausgeführt worden sind. Die drei Professoren äussern sich in offizieller Mission: Nachdem Zweifel an der Unabhängigkeit der Abklärungen aufgekommen waren, hatte sie das «Lenkungsgremium Untersuchung Deponien Muttenz» als unabhängige Experten berufen. Erstaunlich nur: Ohne die eigenen Experten angehört zu haben, organisierte die Gemeinde Muttenz am 5. Februar eine Pressekonferenz und gab Entwarnung. Andreas Meyer, zuständiger Gemeinderat von Muttenz, in der baz: «Allfälliges Sickerwasser aus der Deponie Feldreben kann nicht zu den genutzten Trinkwasserfassungen in der Hard gelangen.» Das war voreilig, wie sich jetzt zeigt. Zwar bestätigen die unabhängigen Experten, dass bei den untersuchten drei Grundwassersituationen mit grosser Wahrscheinlichkeit kein verschmutztes Wasser zu den Trinkwasserbrunnen fliesst - bei allen anderen, nicht untersuchten Grundwassersituationen jedoch kann ein Zufluss in die Trinkwasserbrunnen nicht ausgeschlossen werden.

Komplexe Verhältnisse. Denn die Grundwasserverhältnisse in und um die Hard sind kompliziert und verändern sich dauernd: Die Hardwasser AG lässt im Trinkwassergebiet in etwa gleich viel Rheinwasser versickern wie im Umfeld als Trink- und Brauchwasser wieder aus dem Untergrund heraufgepumpt wird. Stoppt die Hardwasser AG die Versickerung von Rheinwasser, wie dies während den bisherigen Untersuchungen rund einen Tag lang der Fall war, so sinkt der Grundwasserspiegel massiv ab. Manchmal lässt die Hardwasser AG 10 Tage lang kein Rheinwasser versickern - wohin bei einem solchen 10-Tage-Versickerungsstop das mit Chemikalien belastete Grundwasser aus dem Umfeld der Feldrebengrube fliesst und ob es teilweise in die Trinkwasserbrunnen der Hardwasser AG und/oder der Gemeinde Muttenz im Südosten der Hard gelangt, bleibt ungewiss.

Abfluss Richtung Westen. «Neu» sei zudem, so die Experten Huggenberger, Oehme und Giger, dass bei der Feldrebengrube während der 1. Untersuchungsetappe ein Abfluss von Grundwasser «Richtung Westen erfolgt». Dass es einen solchen Abfluss gibt und dass so verschmutztes Grundwasser in die Trinkwasserfassungen gelangen könnte, vermutete der Liestaler Geologe Hansjörg Schmassmann schon in den 1970er und 1980er Jahren. Der Kanton Baselland aber verweigerte damals die Gelder für entsprechende Abklärungen. Zwar bestätigte jetzt die 1. Untersuchungsetappe den vermuteten Abfluss, aber wie viel verschmutztes Grundwasser aus dem Umfeld der Chemiemülldeponie Feldreben nach Westen gelangt und wohin es dort fliesst, hat die 1. Untersuchungsetappe nicht geklärt.

Das «Lenkungsgremium Untersuchung Muttenz» betont regelmässig, seine Mitglieder seien der Offenheit und Transparenz verpflichtet. Doch bereits 2002 hatte das Gremium einen Leitfaden für die Untersuchung der drei Chemiemülldeponien veröffentlicht, ohne vorher die eigenen Experten gehört zu haben (die baz berichtete). In der Folge mussten die Untersuchungsprogramme überarbeitet und die Anregungen der unabhängigen Experten integriert werden. Es ist nun also das zweite Mal, dass die Gemeinde Muttenz, Novartis, Syngenta und Ciba SC Untersuchungsergebnisse öffentlich interpretieren, ohne vorher die Meinung der eigenen Experten konsultiert zu haben.

Normaler Ablauf. Andreas Meyer, zuständiger Gemeinderat von Muttenz, erklärte auf Anfrage, dass es sich um einen «ganz normalen Ablauf» handle: Das beauftragte Geologie-Büro habe seine Berichte  
C:\Documents and Settings\Rudolf Rechsteiner\My Documents\dossier trinkwasser.0606 - sammlung materialien.doc, 29.06.06, 17:46  
28/45

fertig gestellt und er habe sie veröffentlicht. «Danach haben wir die Experten befragt. Hätten wir es umgekehrt gemacht, so hätte es geheissen, wir hätten die Berichte überarbeitet.» Bezüglich der Risiken für die Trinkwasserbrunnen in der Hard sieht Meyer keinen Widerspruch zwischen seiner öffentlichen Darstellung und dem Expertengutachten: «Ich stehe zu jedem Wort, das ich an der Pressekonferenz gesagt habe.»

\* Dr. Martin Forter ist Geograf mit Spezialgebiet «chemische Industrie». Er ist als Gutachter, Buchautor und freier Journalist tätig. Er beschäftigt sich seit 1989 mit Chemiemülldeponien. Zum Thema schreibt er seit 1998 auch für die baz.

*Die Hard. Dort ruhen riesige Trinkwasserreserven. Foto Hannes-Dirk Flury*

### **Bestellt, aber nicht ausgewertet**

Noch bearbeiten. Nach langem Hin und Her hatte das «Lenkungs-gremium Untersuchung Deponien MuttENZ» Anfang 2004 nachgegeben, eine öffentliche Ausschreibung organisiert und für über 100 000 Franken Screening-Analysen des Grundwassers bei den Chemiemülldeponien in MuttENZ in Auftrag gegeben. Aber: Ein Auftrag zur systematischen Auswertung der Rohdaten wurde nicht erteilt. Deshalb sind die Resultate dieser widerwillig bestellten Analyse-methode bis heute in MuttENZ nicht detailliert beurteilt worden, wie aus dem Gutachten von Huggenberger, Oehme und Giger hervorgeht: «Die Schlussberichte» der 1. Untersuchungsetappe «bewerten das Screening nur generell und verweisen auf die gesonderte, noch zu erfolgende Auswertung». Die Schlussfolgerung daraus sei klar, so die drei Professoren in ihrem Gutachten: Jetzt müssten Spezialisten erst einmal die nicht ausgewerteten Rohdaten «noch bearbeiten». MFo

---

Buspi Basel-Stadt Baselland

### **Wie gross ist die Gefahr fürs Basler Trinkwasser?**

Verschmutzt der Chemiemüll in der MuttENZer Feldrebengrube das Grundwasser? Und: Kann das Baselbieter Umweltamt den Schutz der Trinkwasserbrunnen in der Hard garantieren? Nach 44 Jahren kann der Kanton noch immer keine eindeutigen Antworten geben.

MuttENZ. Ein Mitarbeiter des Amtes für Umweltschutz des Kantons Basel-Landschaft erklärte 1996 der BaZ, es sei bei der Feldrebengrube in MuttENZ nur mit sehr aufwändigen Bohrungen möglich, die Auswirkungen des Chemiemülls auf das Grundwasser wirklich zu klären. Dies zu wissen, wäre wichtig. Denn unmittelbar neben der bis 1957 aufgefüllten Chemiemülldeponie Feldreben liegt die Trinkwasserversorgung Hard, aus der 100 000 Menschen der Stadt und Agglomeration Basel ihr Trinkwasser beziehen. Dem Kanton Basel-Landschaft aber war in den letzten 44 Jahren die Sicherheit des Trinkwassers das Geld für entsprechende Bohrungen nicht wert: Gemäss Recherchen der BaZ liegen die meisten Stellen zum Beobachten des Grundwassers nördlich und südlich der Deponie, nicht aber

westlich, wohin das Grundwasser abzufließen scheint. Deshalb ist ein fundiertes Urteil über die Verschmutzung des Grundwassers durch den Chemiemüll bis heute nicht möglich.

Herkunft unklar

Doch damit nicht genug: Zumindest bei starkem Pumpbetrieb durch das benachbarte Wasserwerk der Hardwasser AG ist nach Erkenntnissen der BaZ nicht auszuschliessen, dass verschmutztes Grundwasser aus dem Bereich der Chemiemülldeponie Feldreben in einige Brunnen der Basler Trinkwasserversorgung fliesst: Zumindest im Brunnen Nr. 3 und im Ende der 1990er Jahre stillgelegten Brunnen Nr. 2 pumpt und pumpte die Hardwasser AG stark mit Rheinwasser verdünntes Grundwasser als Trinkwasser.

Dieses Grundwasser fliesst aus dem Süden in die Hard. Woher es genau kommt, ist mangels entsprechender Untersuchungen und aufgrund der komplizierten geologischen Verhältnisse am südwestlichen Rand der Hard nicht bekannt. Dort aber liegt die Chemiemülldeponie Feldreben. Darum lässt sich nicht ausschliessen, dass verschmutztes Grundwasser aus dem Bereich der Grube in stark verdünntem Zustand in die Hard fliesst. Dazu Alberto Isenburg, Chef des Amtes für Umweltschutz und Energie: «Ausschliessen können wir das nicht, aber wir haben keine Hinweise dafür». Allerdings: Woher sollten die Hinweise auch kommen? Denn sein Mitarbeiter André Zingg bestätigt, dass «auf Basis der vorhandenen Grundwasserbeobachtungsstellen» im Umfeld der Feldrebengrube «keine abschliessenden Schlussfolgerungen» über die Verschmutzung des Grundwassers durch den Chemiemüll in der alten Deponie gezogen werden können.

Dass der Chemiemüll in der Feldrebengrube eine **Gefahr** für die benachbarten Trinkwasserbrunnen darstellt, weiss die Baselbieter Verwaltung schon lange. 1957 verschmutzte der Chemiemüll den Brunnen der Florin AG. Er liegt zwischen Grube und Trinkwassergebiet Hard. Diese Grundwasserverschmutzung führte in der Regierung zu einem Streit. Die Finanzdirektion unter Ernst Boerlin (FdP) forderte 1957, was heute nicht nur Greenpeace, sondern auch das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft verlangt: Dass der Chemiemüll auf Kosten der Verursacher entfernt wird. Damals aber blieben die 13 000 Tonnen Chemiemüll am Rande der Hard liegen (vgl. untenstehenden Bericht). Seitdem schützt nach Ansicht des Kantons der so genannte Grundwasserberg vor dem Chemiemüll.

Keine Garantie

Auf dessen reinigende Kraft beruft sich der Kanton seit 1957. So auch Alberto Isenburg: Wegen des Grundwasserbergs «flüsse» das verdreckte Grundwasser aus dem Bereich der Feldrebengrube von den Trinkwasserbrunnen in der Hard «weg». Garantieren aber kann dies der Kanton nach 44 Jahren noch immer nicht. Denn auch bei den neuesten Untersuchungen, die die Basler Chemie in Auftrag gegeben hat, wurden westlich der Deponie bisher keine neuen Bohrungen ins Grundwasser abgetäuft. Martin Forter

unklar geblieben, ob der Giftmüll aus der Feldrebengrube das Grundwasser verschmutzt.

Foto Hannes-Dirk Flury

Komplizierte Verhältnisse

MFo. «Aufgrund der Fliessverhältnisse ist das Eindringen von verunreinigtem Wasser aus dem Bereich der Feldrebengrube eigentlich auszuschliessen», sagt Wolfgang Märki, Geschäftsleiter der Hardwasser AG, als ihn die BaZ mit ihren Rechercheergebnissen konfrontiert. Märki: «Die geologischen Verhältnisse im Untergrund der Hard sind jedoch recht kompliziert, so dass wir nicht restlos garantieren können, dass nicht doch irgendwo etwas ins Trinkwassergebiet eindringt. Die bisherigen Analysen ergaben jedoch keine Hinweise darauf.»

Die Hardwasser AG gewinnt in der Hard Trinkwasser. Sie wurde 1955 von den beiden Basler Halbkantonen gegründet. 1957 forderte das Wasserwerk von der Baselbieter Regierung den Aushub des Chemiemülls aus der Feldrebengrube, erfuhr aber «über die Behandlung unseres Begehrens nichts mehr», wie aus einem Schreiben von 1959 hervorgeht. Die Hardwasser AG führt seit 1996 im mit Rheinwasser stark verdünnten Grundwasser der Hard ausführlichere Analysen durch, als dies der Kanton Baselland im Umfeld der Feldrebengrube während der letzten zehn Jahre tat. Schadstoffe, die auf eine Herkunft aus dem Chemiemüll in der Feldrebengrube hinweisen, fand das Wasserwerk nicht.

**«Mit Wissen und Segen der Regierung eingelocht»**

Die Baselbieter Regierung erkannte 1957 nach einer Grundwasserverschmutzung, dass sie das Ablagern von Chemiemüll in der Feldrebengrube nie hätte bewilligen dürfen: Das Risiko für das Trinkwasser war zu gross. Wie sie seither mit den Gefahren umgeht, ist ernüchternd.

Liestal. Warum hat der Kanton Baselland in Muttenz unterhalb der Feldrebengrube in den letzten 44 Jahren keine Rohre abgetäuft, um das wegströmende Grundwasser zu beobachten und mehr über das Risiko für das Trinkwassergebiet zu erfahren? Alberto Isenburg, Chef des Baselbieter Umweltamts, fühlt sich ausserstande, diese Frage zu beantworten. Ein Beamter der Gemeinde glaubt den Grund zu kennen: In der Grube sei «mit Wissen und Segen der Regierung der Chemiedreck eingelocht worden. Dazu möchte nachträglich natürlich niemand mehr stehen», lässt er 1979 die Zeitung Basler AZ wissen.

Gesetzesbruch vorgeworfen

Tatsächlich hiess die Regierung die Chemiemülldeponie Feldreben am Rande des Trinkwassergebietes Hard in den 1950er Jahren trotz verschiedener Warnungen gut. Baudirektor Heinrich Abegg (SP) hatte die Bewilligung durchgesetzt. Nach der Verschmutzung des Brunnens der Florin AG warf aber Regierungsrat Ernst Boerlin (FdP) der Gesamtregierung Gesetzesbruch vor: Sie habe mit der Bewilligung der Chemiemülldeponie das erste Eidgenössische Gewässerschutzgesetz verletzt. Darum müssten die

abgelagerten Chemieabfälle «wieder herausgenommen» werden «und zwar auf Rechnung derer, die sie dorthin brachten».

Die Exekutive fällt Ende der 1950er Jahre keine Entscheidung. Es wäre unangenehm gewesen, die Chemiefirmen zum Ausheben von Chemiemüll zu verpflichten, dessen Ablagerung die Regierung früher bewilligt hatte. Denn erst 1957, nach der Verschmutzung der Brunnen bei der Florin AG, hatte sie «zur Beruhigung der mit Recht aufgebrachten Öffentlichkeit» ein Ablagerungsverbot für Chemiemüll für das Kantonsgebiet ausgesprochen - zum Missfallen der chemischen Industrie.

Vieles spricht dafür, dass sich die Industrie und zumindest die Baudirektion 1957 auf einen Deal geeinigt haben: Die Chemie rekurrierte nicht gegen das Ablagerungsverbot, sondern exportierte von nun an ihren Chemiemüll ins Elsass und in die Südbadische Rheinebene. Dafür musste sie die Feldrebengrube nicht ausräumen. Ob der Grundwasserberg tatsächlich das verschmutzte Grundwasser verdrängt, wollte 1960 der Hydrogeologe Hansjörg Schmassmann kontrollieren. Doch die Regierung lehnte ab. Dabei hatten sich die Verhältnisse in der Hard entscheidend verändert: 1957 floss das Grundwasser von Süden nach Norden, also von der Feldrebengrube über die Florin-Brunnen in die Hard. Seit der Grundwasserberg besteht, strömt es eher in westlicher bzw. nordwestlicher Richtung.

Deshalb pumpte Schmassmann 1973 bei den Florin-Brunnen nun 80 Prozent Rheinwasser ab. Dies berücksichtigt, sei das Wasser seit 1957 um 50 Prozent weniger verschmutzt. Aber: In beiden Brunnen gebe es «gelegentlich» Schadstoffspitzen: «Die Verunreinigung kann dann (...) die 1957 festgestellte sogar noch übertreffen.» Schmassmann ging 1973 davon aus, dass durch Pumpen bei den Brunnen der Florin AG das verdreckte Grundwasser bei der Feldrebengrube abgesogen wird. Um 1980 suchten Mitarbeiter des Kantons in und am südwestlichen Rand der Hard nach Spuren des Chemiemülls, ohne im Wasser messbare Verunreinigungen zu finden.

Dies ist nicht erstaunlich: In der Hard ist das Grundwasser stark mit versickertem Rheinwasser verdünnt, was die Suche nach Schadstoffen erschwert. Deshalb musste der Kanton unmittelbar westlich der Feldrebengrube nach Chemikalien suchen. Wo die höchsten Schadstoffkonzentrationen zu erwarten sind, fehlen aber Grundwasserrohre. Zwar ordnete das Amt für Umweltschutz (AUE) 1994 entsprechende Bohrungen an. Diese endeten aber in einem grundwasserfreien Gestein.

### **Gefahr** gebannt?

Anstatt neue Bohrungen an einem anderen Ort zu veranlassen, begnügte sich das AUE mit Proben aus den bestehenden, meist fragwürdig platzierten Grundwasserrohren. Es untersuchte die Proben mit summarischen Analysen (DOC, AOX, Phenole), die sich nur mässig für die Suche nach Stoffen aus einer Chemiemülldeponie eignen. Auf Basis dieser zweifelhaften Daten liess ein Mitarbeiter des AUE gemäss einem BaZ-Artikel von 1996 verlauten, bei der im Grundwasser bei der Grube vorgefundenen Verschmutzung habe sich «keine eindeutige Beziehung zur alten Deponie nachweisen lassen». Das AUE gehe zudem davon aus, dass «das jahrelange Abpumpen» des Grundwassers aus den Brunnen

der Florin AG «die löslichen Stoffe entfernt» und die Verschmutzung durch die Feldrebengrube «entschärft» habe. Es bleibt die Frage, ob es stimmt. Martin Forter

## Grundwasserberg

MFo. Da das Wasserwerk in der Muttener Hard mehr Rheinwasser im Boden versickern lässt als es in Form von Trinkwasser wieder heraufpumpt, bleibt im Untergrund ein Überschuss an Rheinwasser zurück. Dieser so genannte Grundwasserberg soll garantieren, dass kein verdecktes Grundwasser aus der Umgebung in die Trinkwasserbrunnen der Hard fließen kann.

---

## Baselland

### **Giftabfälle gefährden weiterhin das Trinkwasser**

Am Rande des Trinkwassergebiets Hard in Muttens liegen über 10 000 Tonnen Chemiemüll aus den 50er Jahren. Um die Trinkwasserversorgung des Grossraums Basel zu schützen, wollte die Baselbieter Finanzdirektion den Giftabfall schon 1957 ausgraben lassen. Aber die Kantonsregierung fällt keine Entscheid dazu. Der alte Chemiemüll gefährdet das Basler Trinkwasser noch heute.

Muttens/Basel. «Wenn die Fässer beim Abladen aufgesprungen sind, liefen alle Farben aus. Oft fing der Chemiemüll auch Feuer. Andere Fässer wurden unten, wo der Weber Jakob Mauersteine geschlagen hat, vergraben. Das war ganz unten in der Grube, etwa in einer Tiefe von 50 Metern. Bei der Feldrebengrube war es extrem. Ich habe das vor 50 Jahren gesehen und schon damals, als kleiner Bursche, gesagt, dass das Folgen haben wird», erinnert sich ein Augenzeuge im Gespräch mit der BaZ an die Chemiemüllablagerungen in der Feldrebengrube.

Die Gefährdung war bekannt

10 000 bis 13 000 Tonnen Giftabfall der J.R. Geigy und der Ciba AG liegen dort im Boden vergraben, wie aus einem Bericht von Novartis und Ciba SC von 1999 hervorgeht. Der Chemiemüll in der Feldrebengrube liegt nur wenige 100 Meter vom Rand des Grundwassergebietes Hard entfernt. Von dort bezieht ein grosser Teil der Bevölkerung des Grossraums Basel sein Trinkwasser.

Seit 1951 nutzt Basel-Stadt die Hard in Muttens zur Trinkwassergewinnung. Um den steigenden Wasserbedarf der Stadt, ihrer Agglomeration und Industrie zu decken, planten die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft zu Beginn der 50er Jahre, das Grundwasser in der Hard mit Rheinwasser anzureichern, um mehr Trinkwasser gewinnen zu können. Trotz der benachbarten Trinkwassergewinnung kippten die Ciba AG und die Geigy AG ihren grundwassergefährdenden Chemieabfall in der Feldrebengrube ab. Die Feldrebengrube sei vor allem wegen der Gefahren für das Grundwasser im Gerede, hielt Geigy-Schweizerhalle 1952 in einem internen Bericht fest. Die Geigy wusste also, dass der Giftmüll in der Feldrebengrube die Trinkwasserversorgung der Agglomeration Basel gefährdet. Ihren

Chemieabfall kippte sie trotzdem weiterhin ab.

1954 mussten zwei Wasserfachmänner des Kantons die Chemiemüllablagerungen begutachten. Ihr Urteil liess keinen Interpretationsspielraum: Die Feldrebengrube liege im Einzugsgebiet der Hard: «Verunreinigungen des Untergrundes» im Bereich der Feldrebengrube bildeten «eine Gefahr» für die benachbarten Trinkwasserbrunnen. Deshalb sei ein weiteres Einbringen von Chemiemüll in der Feldrebengrube «ohne Einschränkung abzulehnen». Die Wasserexperten stufte das Risiko für die Trinkwasserbrunnen als so hoch ein, dass sie den bisher eingelagerten Chemieabfall aus der Feldrebengrube herausholen wollten.

### Stinkende Brühe

Davon wollte die von der Baudirektion des Kantons Basel-Landschaft berufene «Subkommission für die Deponierung industrieller Abfälle» nichts wissen. Die fünfköpfige Kommission, von der drei Mitglieder in der chemischen Industrie arbeiteten, forderte im Gegenteil, dass in der Feldrebengrube weiterhin Chemieabfall eingelagert werden darf. Heinrich Abegg (SP), damals Vorsteher der Baudirektion des Kantons Basel-Landschaft, nahm die Gefahr die Trinkwasserbrunnen in der Hard in Kauf und folgte 1954 nicht den Wasserfachleuten, sondern seiner von der chemischen Industrie dominierten Kommission: Die Feldrebengrube stehe «für sämtliche Ablagerungen ohne Beschränkungen offen», liess er verlauten. Nur die Sandoz verzichtete auf Ablagerungen in der Feldrebengrube: Aufgrund des ersten Gewässerschutzgesetzes der Schweiz von 1955 befürchtete sie, für allfällige Schäden gerade stehen zu müssen, die ihr Chemieabfall im Baselbiet verursachen könnte. Sandoz lagerte deshalb seit 1948 «im Elsass ab», wie die Firma 1955 mitteilte.

Im August 1957 trat ein, was der Kanton Basel-Landschaft und die chemische Industrie entgegen den Bestimmungen des eidgenössischen Gewässerschutzgesetzes in Kauf genommen hatten: Die zwischen Feldrebengrube und Hard domizilierte Speiseölfirma Florin AG senkte eine Bohrung in das Grundwasser ab, um Brauchwasser zu gewinnen. Doch anstatt eines klaren Quells sprudelte eine stinkende, orangefarbene und phenolhaltige Brühe aus dem Bohrloch.

Die Empörung in der Basler Öffentlichkeit war gross. Denn die beiden Basel hatten seit Beginn der 50er Jahre Millionen von Franken in die Infrastruktur für die Trinkwassergewinnung aus dem Grundwasser der Hard investiert. Trotzdem sah die Baselbieter Regierung untätig zu, wie dieses Grundwasser durch den Chemiemüll in der Feldrebengrube zu verdrecken drohte. Die «Basellandschaftliche Zeitung» kommentierte im August 1957: «Es ist in der Tat höchste Zeit, dass unsere Behörden zum Rechten sehen.»

### Spätes Ablagerungsverbot

Dazu konnte sich die Regierung des Kantons Basel-Landschaft nach den Erfahrungen bei der Florin AG endlich durchringen: Sie verbot im gleichen Monat das Ableeren industriellen Abfalls im ganzen Kantonsgebiet. Pikantes Detail: Schon damals forderte die Finanzdirektion an einer Sitzung der Regie-

rung, die Chemieabfälle in der Feldrebengrube wieder auszugraben, und zwar «auf Rechnung derer, die sie dorthin gebracht haben», wie im betreffenden Regierungsprotokoll nachzulesen ist. Einen Beschluss dazu fällt die Exekutive 1957 nicht. Deshalb liegen noch heute 10 000 bis 13 000 Tonnen Chemiemüll am Rande der Trinkwasserversorgung Hard.

Um die Grundwasserfassungen vor dem Chemiemüll zu schützen, lassen die Wasserwerker in der Hard seit langem mehr Rheinwasser im Boden versickern, als sie als Trinkwasser wieder heraufpumpen. Dadurch entsteht im Untergrund ein Grundwasserberg. Er soll garantieren, dass das verdreckte Grundwasser von den Trinkwasserpumpen nicht angezogen wird.

Martin Forter

In diesem Gebiet wurden in den 50er Jahren über 10 000 Tonnen Giftmüll vergraben. Foto Hannes-Dirk Flury

---

Basler Zeitung; **17.07.2001**; Nummer 164; Seite 29

Baselland

### **Baselland setzt bei den Giftmülldeponien auf Kooperation**

Geht es um die alten Chemiemülldeponien in der Region Basel, so schlagen die Wellen hoch. In letzter Zeit musste vor allem das Amt für Umweltschutz und Energie (AUE) des Kantons Baselland den Vorwurf einstecken, es ginge bei diesem Thema zu wenig vehement vor. Amtschef Alberto Iseburg bezieht im folgenden Interview Stellung.

BaZ: Der Kanton Jura hatte bei der Chemiemülldeponie im jurassischen Bonfol mit einem resoluten Vorgehen Erfolg: Die Basler chemische Industrie willigte in eine Totalsanierung ein. Kann der Kanton Baselland vom Kanton Jura etwas lernen?

Alberto Iseburg: Ich glaube nicht. Die Deponie in Bonfol hat ein viel grösseres Risikopotenzial als die Chemiemülldeponien im Kanton Baselland. Zudem wurde Bonfol im Gegensatz zu den viel kleineren Deponien in der Region Basel exklusiv von der chemischen Industrie beliefert.

Aber das resolute Vorgehen des Kantons Jura hat sich gelohnt.

Die Altlastenverordnung ist Ende Oktober 1998 in Kraft getreten. Entscheidend war aber, dass das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft eine neue Weisung herausgegeben hatte. Es legte fest, dass Altlasten, deren Risikopotenzial nach einer Generation noch vorhanden ist, beseitigt werden müssen. Das machte sich der Kanton Jura neben der Altlastenverordnung zunutze. Wir sind selbstverständlich auch resolut vorgegangen, haben aber einen kooperativen Weg gewählt. Denn im Kan-

ton Baselland haben wir keine Deponie, die ausschliesslich von der Chemie beliefert wurde. Das macht die Sache juristisch komplizierter. Wir sind überzeugt, dass der kooperative Weg im Baselbiet rascher zum Ziel führt.

Was hat das AUE denn konkret unternommen?

Bei den Chemiemülldeponien ist das AUE heute auf drei Ebenen aktiv: Erstens bei den Deponien im Elsass, von denen Allschwil und Schönenbuch betroffen sind. Dort arbeiten wir in einer Arbeitsgruppe mit der elsässischen Umweltbehörde DRIRE und den drei Chemiefirmen Novartis, Syngenta und Ciba SC zusammen. Zweitens hat das AUE im Raume Muttenz die drei Chemiemülldeponien Feldreben, Margelacker und Rothausstrasse (Meier-Spinnler, Anm. d. Red.) zur ersten Priorität erklärt und mit der Gemeinde und der Industrie ein Untersuchungsprogramm ausgearbeitet. Drittens pflegen wir eine enge Kooperation mit den französischen, deutschen und basel-städtischen Behörden. Wir treffen uns regelmässig überregional und tauschen unsere Kenntnisse über die Problemstandorte aus.

Beginnen wir mit den Deponien im Elsass.

Auch hier versuchen wir in Zusammenarbeit mit den zuständigen französischen Kollegen an Informationen zu kommen, auf die Untersuchungsprogramme und den Zeitplan Einfluss zu nehmen sowie unser Know-how einfließen zu lassen. Zu Beginn gab es einige Schwierigkeiten. Jetzt liegen Untersuchungsergebnisse vor. Wir haben deshalb periodische Kontrollen veranlasst, bei denen wir nun in den Bächen und Grundwasserfassungen im Raume Allschwil/Schönenbuch gezielt nach den Stoffen suchen, die in der Deponie Le Letten in Hagenthal-le-Bas und bei der Deponie Roemisloch in Neuwiller gefunden wurden.

Die Untersuchungen bei den Deponien im Sundgau wirken schlecht vorbereitet: Die Deponie Le Letten wurde z.B. durchbohrt und damit eine direkte Verbindung zwischen Grundwasser und Chemieabfall geschaffen. Wie kam es dazu?

Dass in die Deponie Le Letten reingehohrt wurde, war ein Fehler. Man kannte die Umrisse der Deponie nicht genau.

Man hat sie nicht genau recherchiert.

Nein, man hat sie zu diesem Zeitpunkt nicht genau gekannt. Es war aber gar nicht so schlecht, in die Deponie zu bohren: Wir haben so ein Muster der abgelagerten Chemieabfälle gekriegt. Die in der Deponie Le Letten in Hagenthal-le-Bas gefundenen Stoffe stimmen weitgehend mit jenen überein, die auch aus dem Roemisloch in Neuwiller austreten.

Novartis, Ciba SC und Syngenta haben im Wasser einer Quelle unterhalb der Deponie Roemisloch in Neuwiller ein Milligramm Chemikalien pro Liter Wasser gefunden (vgl. BaZ vom 28.6.01). Das ist nicht wenig. Da die Deponie nicht gesichert ist, kann dieser Wert stark schwanken. Warum erlässt der Kan-

ton Baselland kein präventives Badeverbot für den Mülibach, wo täglich Kinder im Wasser plantschen?

Die Deponie ist schon seit Ende der 1950er Jahre dort. In der Vergangenheit ist uns kein Vorfall bekannt, der auf die Deponie zurückzuführen gewesen wäre...

...ausser dass farbiges Wasser aus der Deponie Roemisloch in den Mülibach geflossen ist.

Das ist mir neu. Für uns ist es wichtig nach vorne zu schauen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Konzentration an Schadstoffen höher sein wird, als sie es während der starken Regenfälle bei der Probenahme im Frühjahr war, ist sehr klein. Wir werden selbstverständlich Konsequenzen ziehen, wenn wir bei unseren periodischen Untersuchungen im Bachwasser was finden. Bis jetzt war dies aber nicht der Fall. Für ein Bade- oder Trinkverbot ist das Kantonale Laboratorium zuständig, das wir jetzt mit einbezogen haben.

Kommen wir zu den Deponien im Kanton Baselland.

Erste Priorität haben natürlich jene Deponien im Baselbiet, wo die chemische Industrie involviert war: Bei der Feldrebengrube, beim Margelacker und bei der Rothausgrube (Meier-Spinnler-Grube Anm. Red) in Muttenz. Diese Altlasten müssen dringend untersucht werden. Bereits 1999 haben wir mit der Industrie Kontakt aufgenommen und sie in eine Arbeitsgruppe gebeten. Herausgekommen ist ein gemeinsames Vorgehen. Vor Kurzem wurde die Gemeinde Muttenz in diese Gruppe mit einbezogen und das Geotechnische Institut mit der Untersuchung der drei Deponien beauftragt. Muttenz ist nicht Bonfol: Es handelt sich um Mischdeponien, in denen Chemieabfälle drin sind. Das macht die Sache juristisch komplizierter als in Bonfol. So lassen wir zum einen das Untersuchungsprogramm für die drei Deponien anlaufen, das von der chemischen Industrie vorfinanziert wird. Parallel dazu klären wir im AUE die Verursacher- und damit die Haftungsfrage ab.

Aber Sie sind damit einverstanden, dass der Hausmüll aus den 1950er Jahren nicht das Problem ist?

Ganz klar. Das anerkennt auch die chemische Industrie.

Ciba und Geigy waren damals Besitzer von Parzellen in der Feldrebengrube und Sandoz im Margelacker. Damit ist eigentlich auch klar, wer der Hauptverschmutzer ist und wer heute zu bezahlen hat.

So ist es. Eine Teilverantwortung bestreitet auch die Chemie nicht.

Das heisst, Novartis, Ciba SC und Syngenta werden am Ende die Sanierung auch bezahlen?

Im Rahmen ihrer Teilverantwortung, ja.

Sie haben für die Untersuchung der drei Gruben ein Pflichtenheft ausgearbeitet und drei Kostenvoranschläge eingeholt. Das Geotechnische Institut offerierte für 25 000 Franken, das Büro BMG für 40 000, das Büro Holinger für 70 000 Franken. Der günstigste Anbieter erhielt den Zuschlag. Warum?

Das geotechnische Institut wurde vom Projektteam und den Fachexperten ausgewählt. Wir sind aufgrund unserer Erfahrungen der Ansicht, dass wir den qualifiziertesten Partner genommen haben. Der Preis war nicht das ausschlaggebende Argument.

Warum beträgt die Preisdifferenz der drei Offerten für die Erfüllung desselben Pflichtenhefts 45 000 Franken?

Wenn Sie im Umweltbereich eine Dienstleistung ausschreiben, dann haben sie solche Preisdifferenzen. Warum das so ist, weiss ich auch nicht genau. Darum dürfen Sie nicht alleine aufgrund des Preises entscheiden.

Die Feldrebengrube mit rund 10 000 Tonnen Chemieabfall von Geigy und Ciba liegt unmittelbar neben dem Trinkwassergebiet Hard. Von dort bezieht ein grosser Teil der Agglomeration Basel ihr Trinkwasser. Ist die Feldrebengrube deshalb nicht ein akuter Fall?

Nein. Es werden alle Trinkwasserfassungen regelmässig kontrolliert. Wir haben nie etwas gefunden. Zudem wird mehr Rheinwasser versickert als herausgepumpt. Der so entstehende Grundwasserberg verhindert ein Zufließen des verschmutzten Grundwassers. Sollten wir über das jetzt gestartete Untersuchungsprogramm Hinweise für eine Verschmutzung finden, werden wir sofort Massnahmen treffen. Aber ich betone: Nach dem heutigen Kenntnisstand sind sie nicht notwendig. Aber wegen der benachbarten Trinkwasserfassungen behandeln wir die drei Muttenzer Deponien prioritär. Altlasten werden zudem innerhalb der Bau- und Umweltschutzdirektion im 2002 einen Schwerpunkt bilden. Wir werden deshalb auch zusätzliche Mittel erhalten.

Interview Martin Forter

«Wir sind überzeugt, dass der kooperative Weg im Baselbiet rascher zum Ziel führen wird.»

«Muttenz ist nicht Bonfol: Dort handelt es sich um Mischdeponien, in denen auch Chemieabfälle gelagert sind.»

«Wegen der umliegenden Trinkwasserfassungen behandeln wir die drei Muttenzer Deponien prioritär.»

Alberto Isenburg

BaZ. Alberto Isenburg promovierte in Analytischer Chemie. Zuerst arbeitete er beim deutschen Chemiekonzern Bayer, danach neun Jahre in der Umwelta Abteilung der damaligen Ciba-Geigy. 1994 wechselte er zum Kanton Basel-Stadt und wurde Leiter des Amtes für Energie und technische Anlagen. 1998 war er für die Baufirma Batigroup und für Novartis tätig. Seit Jahresbeginn 1999 ist Isenburg Chef des Amtes für Umweltschutz und Energie des Kantons Baselland.

**«Da muss man auf die Verwaltung vertrauen»**

Alberto Isenburg begründet, warum einem Landrat Akteneinsicht in Dossiers zu den Deponien verweigert wurde. Ausserdem richtet er Kritik an die Organisation Greenpeace.

Wird sich die Informationspolitik des Kantons Baselland ändern? Die Regierung hat mit einer formaljuristischen Begründung einem Landrat Akteneinsicht verweigert.

Dies geschah aus juristischen Gründen: Eine Akteneinsicht in einem laufenden Verfahren ist - ausser für Direktbetroffene - nicht möglich. Ich finde das richtig. Würden die Akten für Leute offen gelegt, die fachlich nicht ausgebildet sind, käme mit 100-prozentiger Wahrscheinlichkeit eine Falschinterpretation heraus. Das müssen wir verhindern. Denn mit Falschinterpretationen kann der Prozess der Kooperation, wie wir ihn bei den Chemiemülldeponien eingeleitet haben, empfindlich gestört werden. Wenn die chemische Industrie plötzlich sagt, sie habe kein Vertrauen mehr, und ihre Juristen vorschickt, dann wird die Sache um Jahre verzögert. Das wäre nicht zum Wohle der Baselbieter Bevölkerung. Da muss man auf die Verwaltung vertrauen.

Gegen die formaljuristische Argumentation spricht das öffentliche Interesse an Grundwasser- und Trinkwasserverschmutzungen. Was ist denn so heikel an diesen Akten, dass man sie nicht einfach auf den Tisch legt?

Sie sind nicht heikel, wir haben nichts zu verbergen. Die Ablehnung der Akteneinsicht ist ausschliesslich juristisch begründet. Die Geschäftsprüfungskommission des Landrats kann die Akten jederzeit einsehen. Ich muss garantieren, dass das, was aus dem AUE rausgeht, Hand und Fuss hat und für die Bevölkerung relevant ist. Die Verwaltung hat treuhänderisch im Auftrag des Parlaments zu agieren und hat deshalb auch eine gewisse hoheitliche Rolle. Dass in Sachen Chemiemülldeponien der Druck von Öffentlichkeit, Medien und Bürgerinitiativen gewachsen ist, liegt in der Natur der Sache. Das Thema Altlasten ruft Ängste hervor. Deshalb habe ich Verständnis für den Druck. Das hilft, die Verwaltung voranzutreiben. Ich wehre mich aber dagegen, wenn mit Unwahrheiten und nichtfundierte Äusserungen gearbeitet wird und Ängste in der Bevölkerung geschürt werden.

Wen meinen Sie konkret?

Z. B. hatte Greenpeace erfahren, dass die Industrie ihre Resultate am 26. Juni herausbringen wird. Sie wollten vor der Industrie rauskommen und haben noch vorher in einer Medienmitteilung verbreitet, sie hätten in einer Probe zahlreiche Schadstoffe gefunden. Der Schlussbericht würde dann später vorgelegt. Sowas nehme ich zwar zur Kenntniss, setze aber zunächst ein ganz grosses Fragezeichen dahinter.

Als die chemische Industrie einen Tag nach Greenpeace ihre Medienmitteilung veröffentlichte, hiess es bei Ciba aber auch, der Schlussbericht liege noch nicht vor. Haben sich Ciba und Greenpeace nicht identisch verhalten?

Nein. Mit Greenpeace haben wir keine Arbeitsgruppe, in der wir ständig Informationen austauschen

wie mit der Dire und der Industrie. Da kommt plötzlich eine Medienmitteilung mit irgendeiner Aussage. Das ist das Problem. Wenn sie von Greenpeace belegt wird, bin ich auch bereit, mein Fragezeichen zu vergessen. Denn wenn auf der Faktenebene mit fundierten Erkenntnissen argumentiert wird, dann ist das in Ordnung. Wenn aber Dinge umgedreht, wenn Ängste geschürt werden, dann habe ich Mühe. Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen erläutern konnte, dass wir im AUE bei den Altlasten wach sind.

Ihnen war ja von der Sitzung mit den Gemeindevertretern her bekannt, dass die Quelle beim Roemisloch mit einem Milligramm Chemikalien pro Liter Wasser belastet ist (vgl. BaZ vom 28. 6. 01). Die drei Konzerne aber teilten nur mit, es trete aus dem Roemisloch täglich ein Gramm aus. Die Schadstoffkonzentration gaben sie nicht bekannt. Da könnte man auch von Fehlinformation sprechen.

Ich will mich nicht zum Pressecommuniqué der Industrie äussern. Aufgrund dieser Schadstoffkonzentration haben wir auf jeden Fall sofort das Untersuchungsprogramm für den Mühlebach gestartet.

«Wenn die chemische Industrie plötzlich ihre Juristen vorschickt, wird die Sache um Jahre verzögert.»

Alberto Isenburg: «Die Deponie in Bonfol hat ein viel grösseres Risikopotenzial als die Chemiemülldeponien im Baselbiet.» Foto Flury

---

Basler Zeitung; **04.10.2001**; Nummer 231; Seite 35

Baselland

## **Die Basler Chemie muss Chemiemülldeponien ausgraben**

Philippe Roch, Direktor des Bundesamts für Umwelt, Wald und Landschaft (Buwal), hat sich letztes Jahr für eine Beseitigung der Chemiemülldeponie im jurassischen Bonfol stark gemacht. Was denkt er über die Chemiemülldeponien in der Region Basel? Für Roch ist klar: Die chemische Industrie muss die meisten ihrer Altlasten total sanieren.

BaZ: Philippe Roch, was ist für Sie eine ungesicherte Chemiemülldeponie?

Philippe Roch: Das ist eine Deponie, die langfristig eine Gefahr für die Umwelt darstellt. Solche Deponien müssen wir ausheben, weil wir nicht erwarten können, dass die Natur das selber in einem nützlichen Zeitraum bereinigt.

Sind Sie mit der Aussage einverstanden, dass jede ungesicherte Deponie irgendwann ausläuft?

Das kommt darauf an, was ungesicherte Deponie heisst. Es gibt Abfälle, die bauen sich über 20 bis 30 Jahre selbst ab, etwa der alte Hausmüll. Er stellt nach dieser Zeit keine grosse Ge-

fahr für die Umwelt mehr dar. Mit der Altlastenverordnung wollten wir vor allem den Umgang mit jenen Altlasten regeln, die Chemikalien enthalten, die langfristig stabil sind. Die Gefahr für die Natur bleibt also über lange Zeiträume erhalten. In den 1960er und 70er Jahren bestand die Philosophie darin, solchen Abfall mit undurchlässigen Tonschichten oder Folien von der Umwelt abzukapseln. Diese Idee war falsch und das haben Umweltschützer schon damals erkannt.

Sie reden jetzt von der Chemiemülldeponie im jurassischen Bonfol...

...und von der Sondermülldeponie Kölliken im Kanton Aargau. Diese Deponien sind langfristig nicht sicher, selbst jene nicht, wo diese Abkapselung gut gemacht wurde. Deshalb konnte ich mit dem Istzustand bei Bonfol und Kölliken nie zufrieden sein. Die Kantone und die Industrie haben zwar Sicherungsmassnahmen getroffen, die Millionen von Franken gekostet haben und noch immer kosten. All diese Massnahmen konnten aber das grundlegende Problem nicht lösen. Denn jede Million, die in die Sicherung dieser Deponien investiert wird, ist schliesslich verlorenes Geld, weil sich in ein paar Jahrzehnten die gleichen Probleme wiederholen und vielleicht noch teurere Massnahmen getroffen werden müssen. Deshalb musste ich sagen, halt, jetzt werden diese Risikodeponien beseitigt. Ich habe dies den Kantonen Aargau und Jura, den Standortkantonen dieser zwei Grossdeponien, geschrieben und war erstaunt, dass sie sofort einverstanden waren. Ich halte an der Philosophie fest, dass solche Deponien verschwinden müssen. Die Arbeiten haben jetzt begonnen und wir müssen noch viel diskutieren, wie genau wir diese beiden Altlasten beseitigen werden. Wir wollen also vernünftige Lösungen fördern, die langfristig sicher sind.

Ihr Amt hat die Chemiemülldeponien Bonfol und Kölliken persistente Altlasten genannt. Was meinen Sie damit?

Es handelt sich um Deponien, die innerhalb einer Generation ihr Risikopotenzial nicht verlieren. Sie müssen alle paar Jahrzehnte neu gesichert und permanent überwacht werden. Sie müssen deshalb beseitigt werden.

Bonfol und Kölliken bezeichnete man in den 1960er und 70er Jahren als geordnete und gesicherte Deponien. Bevor die Ablagerungen in Bonfol 1961 begonnen haben, wurde der Chemiemüll in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt, im Elsass und im Südbadischen abgekippt. Das sind Chemiemülldeponien, die nicht gesichert sind. Es handelt sich meist um alte Kiesgruben, die aufgefüllt wurden. Gilt die Buwal-Philosophie der persistenten Deponien auch für diese Altlasten?

Meiner Meinung nach ja. Wir wissen noch nicht genau, welche Gefahren diese Deponien für die Umwelt darstellen. Das wird jetzt geprüft. Wir müssen wissen, was dort deponiert wurde. Das waren sicher nicht nur jeweils 1000 bis 15 000 Tonnen Chemiemüll, sondern auch

Hausmüll und Bauschutt. Es ist theoretisch möglich, dass die Chemikalien in diesem Gemisch nicht unbedingt eine grosse Gefahr darstellen, aber genau das muss jetzt zuerst untersucht werden. Bei den Standorten in der Region Basel, wo die Chemieabfälle eine Gefahr für die Umwelt, vor allem für das Grundwasser darstellen, da muss - zumindest auf Schweizer Boden - interveniert werden und zwar im gleichen Sinn wie in Bonfol und in Kölliken. Ich sehe auch für die Deponien im Kanton Basel-Landschaft keine Lösung, die für die gravierenden Fälle auf die Sicherung und Abkapselung der Deponien hinausläuft. Wo Chemikalien liegen, die gefährlich sind, müssen sie weg.

Nehmen wir als Beispiel die Feldrebengrube in Muttenz unmittelbar neben der Trinkwasserversorgung Hard. In dieser ehemaligen Kiesgrube liegen mindestens 13 000 Tonnen Chemiemüll von der ehemaligen J.R. Geigy AG und von der Ciba AG. Schon in den 1950er Jahren wurden Grundwasserverschmutzungen festgestellt. Wie müsste der Kanton Basel-Landschaft mit dieser Deponie umgehen, wenn er sie richtig untersuchen wollte?

Wenn sie das Inventar der Chemikalien nicht kennen, müssen Bohrungen und Analysen gemacht und daraus die Schlussfolgerungen gezogen werden. Wie genau diese aussehen werden, kann ich noch nicht beurteilen, weil wir noch keine Resultate für diese Deponie haben. Wir befürworten aber, dass Baselland mit Hilfe der Abfalllieferanten eine Lösung im gleichen Sinne wie in Bonfol und Kölliken findet. Aber: Die Menge an Chemiemüll ist dort wesentlich kleiner als in Bonfol und in Kölliken. Wir müssen warten, bis wir genau wissen, was in der Feldrebengrube liegt. Es ist klar für mich: Es gibt keine Ausnahme und wenn es gefährlich ist, muss die Deponie beseitigt werden. Die Verantwortung für diesen Chemiemüll liegt bei der Industrie.

Dass sie die Verantwortung übernimmt, hat die damalige Ciba-Geigy vor zehn Jahren betont. Trotzdem ist nicht viel geschehen. Denken Sie, dass die Industrie das Problem nun ernster nimmt?

Ich hoffe es. Wir werden mit der chemischen Industrie nächstens in Kontakt treten, um für die Region Basel eine Strategie zu entwickeln. Wir spüren, dass dies notwendig ist und dass wir hier intervenieren müssen, weil sich die Sache sonst zu langsam bewegt. Es scheint - und das ist für mich schon erstaunlich - dass die chemische Industrie nicht genügend Kapazitäten hat, um schnell zu handeln. Bei den Gesprächen rund um die Grube Bonfol im letzten Jahr habe ich bemerkt, dass die chemische Industrie nicht schlechten Willens war, aber in einer Gedankenwelt lebte, die nicht der heutigen Zeit entspricht. Jetzt hat sich die Sache zumindest bei Bonfol geändert. Die Industrie macht nun vorwärts. Das ist gut. Die Intervention von Bund und Kanton Jura hat gewirkt. Vielleicht ist Bonfol für die Industrie auch das Signal, in der Region Basel ähnlich zu handeln. Das ist unsere Hoffnung und wir werden dazu beitragen, dass es so geschieht. Aber es ist richtig: Die Industrie hat das Problem der Chemiemülldeponien in der Vergangenheit vernachlässigt.

Interview Martin Forter

«Die Verantwortung für diesen Chemiemüll liegt bei der Industrie.»

**«Als Gemeindepräsident würde ich dies nie akzeptieren»**

Die Basler chemische Industrie hat vor wenigen Tagen die IG Deponiesicherheit Region Basel gegründet. In fünf bis sechs Jahren wollen die in der IG zusammengeschlossenen sieben Firmen Konzepte vorlegen, wie mit elf Chemiemülldeponien in der Region Basel umgegangen werden soll. Denken Sie, dass fünf bis sechs Jahre eine angemessene Zeit sind, um das Risikopotenzial dieser Deponien abzuklären?

Das ist schon ein wenig lang, und es ist wünschbar, dass es schneller geht. Wichtig aber ist, dass wirklich etwas geschieht, mit langfristig wirksamen Massnahmen. Das ist für mich entscheidender, als ein, zwei Jahre zu gewinnen. Das habe ich auch im Zusammenhang mit der Deponie Bonfol gesagt: Ich will eine definitive Lösung, und es ist mir egal, wenn es nicht sofort geschieht, denn es besteht dort keine unmittelbare Gefahr, sondern ein langfristiges Risiko. Eine gute Lösung können wir nur erreichen, wenn wir der Industrie Zeit geben, das richtig zu lösen. Die Qualität der Lösung ist mir viel wichtiger als die Zeit, die wir dazu brauchen.

Vergleicht man die geologische Situation bei der Chemiemülldeponie Bonfol mit jener bei den Deponien in der Region Basel, so kommt Bonfol gut weg. Sind die Deponien in den ausgebeuteten Kiesgruben in der Region Basel nicht in einem viel schlechteren Zustand als die Grube in Bonfol? Ist es nicht grundsätzlich so, dass jede ungesicherte Deponie im kiesigen Untergrund ausläuft?

Das ist so. Wenn es nur ein Loch im Kies ist und dort in der Nähe von Grundwasservorkommen Chemikalien deponiert wurden, dann ist klar, das muss saniert werden. Aber ich kenne die Situation noch nicht und warte auf die Berichte, um mir eine definitive Meinung bilden zu können. Aber wenn es so ist, wie Sie es beschreiben, dann müssen diese Chemieabfälle weg.

Bei der Deponie Le Letten in Hagenthal-le-Bas auf französischem Boden wurden Ende der 50er Jahre drei kleine Kiesgruben mit rund 3500 Tonnen Chemieabfall aufgefüllt. Im Sickerwasser der Deponie wurden vor kurzem hohe Konzentrationen an Chemikalien gefunden. Die Industrie sagt, im Grundwasser aber würde sie nichts finden. Tritt dieses Sickerwasser nicht irgendwann irgendwo aus der Deponie aus und wird zum Grundwasser?

Da besteht kein Zweifel. Wenn es keine Lehmschicht oder sonst einen Schutz gibt, der die Deponie umschliesst, so läuft das Sickerwasser irgendwann aus. Es ist so oder so nicht akzeptabel, dass eine Industrie, die sich weltweit als verantwortungsbewusst und eigenverantwortlich darstellt, solche Zustände zurücklässt. Wie bei solchen Deponien vorgegangen wer-

den muss, hängt sehr stark davon ab, was für Stoffe abgelagert wurden. Diese Informationen fehlen mir noch.

Sie können sie nicht haben, weil diese Arbeiten bis heute nicht gemacht wurden. Alberto I-senburg, Chef des Baselbieter Amtes für Umweltschutz, hat in einem Interview mit der BaZ gesagt, Bonfol sei mit den Chemiemülldeponien in der Region Basel nicht vergleichbar. Was denken Sie dazu?

Das ist grundsätzlich richtig, nur schon deshalb, weil in Bonfol viel grössere Mengen Chemiemüll deponiert worden sind. Auf der anderen Seite ist die Deponie Bonfol wenigstens kurzfristig ein wenig gesichert. Bonfol ist ein anderer Typ Deponie, aber was wir daraus für Schlüsse ziehen sollen, ist mir nicht ganz klar. In Bonfol war der Wille des Kantons Jura klar, und das hat sehr geholfen, dass schnell eine Lösung gefunden wurde. Weil es so grosse Mengen Chemiemüll sind, ist es auch richtig, dort zu beginnen.

Das heisst, dass für Sie Chemiemüll Chemiemüll bleibt, egal, wo er liegt?

Sobald in einer Grube Chemikalien liegen, die die Umwelt gefährden, muss ausnahmslos saniert werden.

Bei einer gesicherten Deponie ist es im Vergleich relativ einfach, verdrecktes Deponiesickerwasser zu fangen bzw. herauszufinden, wo es ausläuft. Bei einer ungesicherten Deponie dagegen muss man lange suchen, bis man herausfindet, wo das verdreckte Wasser austritt...

...absolut. Aber Sie brauchen das austretende Wasser nicht zu finden. Ich will die Chemikalien kennen, die in der Grube liegen. Denn: Haben die Chemikalien bisher kein Wasser verschmutzt, so werden sie es mit grosser Wahrscheinlichkeit in der Zukunft tun.

Es reicht also, wenn man ein gewisses Risikopotenzial feststellt, um die Grube ausheben zu müssen?

Meiner Meinung nach ja.

Man muss nicht unbedingt feststellen, dass kontaminiertes Wasser austritt?

Ein Fass kann 20 Jahre halten, aber nach 25 Jahren durchgerostet sein. Dann werden die Chemikalien ins Wasser gelangen, auch wenn wir heute dort nichts finden. Wenn die Grube gut geschützt ist, können wir vielleicht noch ein wenig länger warten als bei einer anderen, schlechter gesicherten Deponie. Das Risikopotenzial soll bestimmen, wie dringend eine Altlast bearbeitet werden muss. Aber dass sie einmal weg muss, das ist für mich klar. Als Gemeindepräsident würde ich es nie akzeptieren, dass ein solches Risikopotenzial in meinem Gemeindegebiet liegen bleibt.

Obwohl bei den Chemiemülldeponien in der Region Basel vor dem Ablagern von Chemiemüll nichts abgesichert wurde, gibt es viele, vor allem bei der Industrie, die sagen, das ist sicher, da läuft nichts aus.

Das ist falsch. Solche Dinge wurden in den 60er Jahren gesagt, und daran glaube ich nicht. Das entspricht nicht der Verantwortung des Menschen gegenüber der Umwelt. Wir dürfen bei den Altlasten nichts Gefährliches hinterlassen, denn wir wissen, dass es irgendwann auslaufen wird.

Denken Sie, dass sich der Kanton Basel-Landschaft genügend engagiert?

Ich bin sicher, dass die Behörden sich nachdrücklich darum kümmern. Sie müssen mit der Industrie arbeiten, und ich weiss, dass die Bedingungen nicht ganz einfach sind. Die Kantone brauchen aber Unterstützung, und ich habe gemerkt, dass es hilft, wenn ich eine klare Sprache spreche. Sonst zögern die Leute. In Bonfol meinte die Industrie zuerst, sie wolle noch dieses und jenes prüfen, um die Deponie besser zu sichern. Da musste ich nein sagen und festhalten, dass dieser Chemiemüll weg muss. Nach der dritten Wiederholung haben sie es verstanden, und die Industrie wird nun ihre Arbeit tun.

Werden Sie auch bezüglich der Chemiemülldeponien in der Region Basel so auftreten, wenn das notwendig ist?

Ja, klar, da sehe ich meine Verantwortung.

«Ich habe gemerkt, dass es hilft, wenn ich eine klare Sprache spreche. Sonst zögern die Leute.»

Chemiemülldeponie im Gebiet Feldreben (MuttENZ): Muss sie ausgegraben werden? Foto Hannes-Dirk Flury

Buwal-Direktor Philippe Roch: Gegen Ausnahmen. Foto Yoshiko Kusano